

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.40 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll und Welt'...

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Spaltenbreite 80 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 20. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Paktnote der Alliierten.

Billigung durch Belgien und Italien. — Ueberreichung Freitag oder Sonnabend.

Paris, 19. August. (WTB.) Die belgische Regierung hat dem Dual d'Orsay mitgeteilt, daß sie die französische Antwortnote bezüglich des Sicherheitspaktes an Deutschland billigt...

Diese Regelung entfernt auf alle Fälle das Damoklesschwert, das bisher eine Erholung des belgischen Kredits und der Valuta verhinderte...

Erklärungen des belgischen Finanzministers.

Brüssel, 19. August. (WTB.) Zu den Redungen aus Washington über das Kriegsschuldenabkommen erklärte der Finanzminister in einem Interwiew, daß die Kriegsschulden durch die Summen gedeckt werden würden, die Belgien gemäß dem Pariser Abkommen über den Dawes-Plan zu erhalten habe...

Auch Paris zufrieden.

Paris, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Belgien von der amerikanischen Regierung eingeräumten Vergünstigungen zur Rückzahlung seiner Schulden werden auch in den hiesigen politischen Kreisen mit ausgesprochener Befriedigung aufgenommen...

Die belgische Schuldenregelung. Genugtuung in Belgien.

Brüssel, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Das belgische Schuldenabkommen, das in Washington zustande kam, hat nach den großen Schwierigkeiten zu Beginn der Verhandlungen und nach den Befürchtungen, die man in Brüssel hegte, starke Genugtuung hervorgerufen...

Verschärfung der Lage in China. Neuer Konflikt mit England und Japan.

Schanghai, 19. August. (EP.) Die Entwicklung in China scheint wieder eine Verschlimmerung erfahren zu haben. Die Behörden in Kanton haben englischen und japanischen Schiffen die Einfahrt in die chinesischen Häfen untersagt...

Die Mitglieder des diplomatischen Korps haben gestern die Frage erörtert, ob man die Verhandlungen mit der chinesischen Regierung über die Zwischenfälle in Schanghai wieder aufnehmen soll.

England droht.

London, 19. August. (WTB.) Reuters meldet: Die britische Regierung prüft zurzeit die durch die Maßnahmen der Kantoner Regierung entstandene Verschlimmerung der Lage in China, durch die die Freizügigkeit der britischen Handelsschiffe im Verkehr mit chinesischen Häfen wesentlich eingeschränkt wird...

Der syrische Krieg.

Teilsfrieden und neue Kämpfe.

London, 19. August. (WTB.) 'Times' berichtet aus Jerusalem: Die Verhandlungen zwischen den Franzosen und den aufständischen Drusenstämmen haben zu der Aufhebung der Belagerung der Zitadelle von Sweida geführt, wo eine französische Garnison von etwa 200 Mann, meistens algerische Truppen, seit Beginn des Monats eingeschlossen waren...

Die russisch-rumänische Spannung.

Ein neuer Grenzzwischenfall.

Moskau, 19. August. (DC.) Bei Broniza am Dniestr, der die Grenze zwischen Rumänien und Sowjetrußland bildet, wurden vom russischen Grenzposten verdächtige Boote angerufen, die nachts über den Fluß zu sehen suchten. Vom rumänischen Ufer wurden darauf auf die russischen Grenzwächter mehrere Schüsse abgegeben...

Neuwahl der Danziger Regierung.

Danzig, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Volkstag des Freistaates Danzig nahm am Mittwoch die Neuwahl des parlamentarischen Senates vor. Die Parteien der neuen Koalition (Sozialdemokraten, Zentrum, Liberale) verfügen in dem 120 Abgeordnete zählenden Parlament über 66 Stimmen. Dazu erhielten sie die Unterstützung der Volkspartei; auch 3 polnische Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung...

Die Arbeit der Internationale.

Der Bericht des Internationalen Sekretariats an den Kongress.

E. W. London, 17. August.

Unter dem Titel: 'Tätigkeitsbericht über die Zeit vom 23. Mai 1923 bis Juni 1925, vorgelegt dem Zweiten Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Marseille, 22. bis 27. August 1925, vom Sekretariat der S.A.I.' ist in diesen Tagen in deutscher (und gleichzeitig in englischer und französischer) Sprache ein Buch im Umfange von beinahe 240 Seiten erschienen...

Was das Material betrifft, das durch diese Schrift vermittelt wird, so möge zunächst durch die Aufzählung der vier, hauptsächlich darauf bezüglichen Abschnitte des Buches ein allgemeiner Eindruck hierüber vermittelt werden. Sie lauten: Organisationsaufbauarbeit, Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen, Die Finanzen der S.A.I., Die angeschlossenen Parteien.

Der Bericht stellt fest, daß von den Parteien, die den Aufruf zum Hamburger Gründungskongress Folge geleistet haben und deren Zulassung vom Kongress beschlossen wurde, alle mit der einzigen Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (!) ihren formellen Beitritt zur neugegründeten Internationale vollzogen haben. Im Verlauf der seit dem Hamburger Kongress verstrichenen Periode haben des ferneren einige Parteien, die in Hamburg noch nicht vertreten waren, den Weg in die Internationale gefunden: die von einem Neger gegründete und aus Neger rekrutierte Partei Britisch-Guianas, die überdies die Ehre für sich beanspruchen darf, die einzige der außerbritischen Parteien des britischen Weltreichs zu sein, die bisher ihren Weg in die Internationale gefunden hat...

Unter dem Abschnitt 'Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen', der das Verhältnis der Internationale zum Internationalen Gewerkschaftsbund, zum Internationalen Sozialistischen Frauenkomitee, zur Sozialistischen Jugendinternationale und zur Kommunistischen (sogenannten 3.) Internationale behandelt, wird man mit besonderem Interesse insbesondere über die Beziehungen zur letztgenannten Organisation nachlesen. Der Tätigkeitsbericht des Sekretariats stellt fest, daß die S.A.I. in der Berichtsperiode mit der Kommunistischen Internationale nur einmal in direkte Berührung getreten ist, als das Sekretariat...

riat anlässlich des Todes Lenins ein Telegramm nach Moskau sandte, in der die der kommunistischen Internationale angehörenden Proletarier „trotz aller tiefen Gegensätze über den Weg, den die Arbeiterklasse zu gehen hat“, des Beileids der sozialistischen Arbeiterklasse der Welt versichert wird. Außer diesem Telegramm bestand weder zur 3. Internationale noch zu irgendeiner anderen kommunistischen Organisation irgendeine Beziehung. Im übrigen sah sich die Londoner Internationale genötigt, infolge der durch die Internationale Arbeiterhilfe“ geschaffenen Mißverständnisse den ihr angeschlossenen Parteien das Material über diese von Moskau inspierte Organisation zu übermitteln und den Charakter dieser unter neutraler Flagge segelnden Organisation zu entlarven.

Der letzte Teil des Berichts, der eine Uebersicht über die Struktur, die Kämpfe, die parlamentarische Tätigkeit und die besonderen Probleme sämtlicher der Internationale angeschlossenen Parteien bietet, darf allgemeines Interesse beanspruchen. Er ist die beste, ja die einzige vorhandene Uebersicht über den augenblicklichen Stand der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Diese Seiten sind von größter Wichtigkeit für jeden, der sich selbst eine eigene Vorstellung von der Verteilung der Machtverhältnisse zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien der Welt bilden will. Aus dieser Aufstellung geht insbesondere für den kritischen Betrachter mit größter Deutlichkeit hervor, daß der Schwerpunkt der Internationale heute noch in Europa und insbesondere in Zentral-Europa liegt. In außereuropäischen Parteien sind lediglich die sozialistischen Parteien Amerikas (15 000 Mitglieder), Argentiniens (rund 10 000 Mitglieder), Armeniens (rund 60 000 Mitglieder), Britisch-Guyanas (rund 1000 Mitglieder), Georgiens (18 000 illegale Mitglieder), Palästinas (13 000 Mitglieder) eingeschlossen. Parteien, die alle insgesamt in ihren Ländern mehr oder minder innerpolitisch bedeutungslos, teilweise sogar illegal (Armenien, Georgien), sind und alle zusammen genommen nicht an den Mitgliederbestand eines einzigen gut organisierten europäischen Staates von kleinerem Umfang heranreichen. Die Einzelkrisen geben einen ausgezeichneten Uebersicht.

Es ist leider nur zu bedauern, daß bei diesen Darstellungen die verschiedenartige ideologische Einstellung der Parteien nicht den nötigen Ausdruck findet. Dies würde für die Beurteilung des gegenwärtigen Standes der internationalen Bewegung von ganz außerordentlicher Bedeutung sein. Aber hat in einem, auch in der deutschen Parteipresse veröffentlichten Brief, in dem er um seine Enthebung vom Posten des internationalen Sekretärs ersucht, dies Problem gestreift und festgestellt, daß „die Marxisten in der internationalen Arbeiterbewegung eine Minderheit darstellen“. Darüber näheres zu erfahren, wäre für jeden, der sich vor Illusionen zu hüten wünscht, wichtig gewesen. Vielleicht genügt diese Anregung, damit das Verfaulende im nächsten Bericht des internationalen Sekretariats nachgeholt wird.

Diese naturgemäß flüchtige Betrachtung des vielfältigen Inhalts des Berichts abschließend, wird man sagen dürfen, daß tatsächlich, wie das Sekretariat in seinem Bericht feststellt, der organisatorische Aufbau in den zwei verflochtenen Jahren überraschend gut gelungen ist — allerdings lediglich für Europa. Die überwältigend große Aufgabe der nächsten Epoche, nach der organisatorischen Seite hin, die werdende Arbeiterbewegung des Ostens — um die die kommunistische Internationale mit so großem Eifer ringt —, in die sozialistische Internationale einzubeziehen, sieht noch bevor. Sie wird eine der schwersten Proben auf die Fähigkeit der neuwachsenden Exekutive der Internationale bedeuten. Denn hier wird sie, mit geringeren Mittel finanzieller Natur mit der 3. Internationale zu ringen haben, die auch moralisch in ihren Mitteln weniger wählerisch, hinter sich den wirklich gut funktionierenden Apparat Moskaus, ihre Propagandamachine seit Jahren fast ausschließlich in den Dienst der Agitation unter den erwachenden Völkern des Fernen Ostens gestellt hat.

Die Verantwortung für die Wirtschaftskrise. Demokratischer Aufruf gegen die Politik der Rechtregierung.

Die Deutsche Demokratische Partei und die demokratische Reichstagsfraktion erlassen gemeinsam einen Aufruf, der die Politik der demokratischen Partei in den abgeschlossenen parlamentarischen Kämpfen begründet und für die Zukunft Fortsetzung der oppositionellen Haltung der Demokraten gegenüber der Regierung ankündigt. Der Aufruf stellt fest, daß fast alle verabschiedeten Gesetze unter Bruch von Wahlversprechungen, insbesondere von Versprechen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, zustande gekommen sind. Er betont die Verantwortlichkeit der Regierungsparteien für Wirtschaftskrise und Teuerung:

„Erstes Gebot ist heute die Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung deutscher Ausfuhr. Die jetzt verabschiedeten Steuergesetze aber belasten die deutsche Wirtschaft mit einer Jahresleistung von 10 bis 11 Milliarden, erhöhen damit die Produktionskosten und die Kosten der Lebenshaltung und schwächen Deutschland im Kampf um die Weltmärkte, der für das deutsche Volk ein Erstlingskampf schlechthin ist. Die Zollgesetze, deren Zweck die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland sein müßte, erschweren durch ihr geistloses Durcheinander von Kampf-, Verhandlungs- und Mindestzöllen die handelspolitischen Verhandlungen und bedrohen uns mit der Gefahr, daß weitere ruinöse Wirtschaftskonflikte den unglücklichen Verhandlungen der letzten Monate folgen. Die jetzige, von der Rechten beherrschte Regierung kann, eingeengt durch die Forderungen von herrschbegierigen Interessenten, das deutsche Volk nicht aus der schweren wirtschaftlichen Krisezeit, in die es hineingeraten ist, herausführen. Die gleichmäßige Verteuerung aller Waren, der Lebens- wie der Produktionsmittel, der Rohstoffe wie der Fertigmaterien, ist die Folge ihres wirtschafts- und finanzpolitischen Systems.“

Die Rechtsparteien tragen die Verantwortung vor dem ganzen Volke. Die Opposition gegen ihre Politik ist nicht beschränkt auf den Kreis der Parteien, die im Parlament gegen sie gekämpft haben. Sie erfährt weite Volkstreife, die noch bei der letzten Wahl den Rechtsparteien ihre Stimme gegeben haben, und nun sehen müssen, wie ihre Interessen mit Frühen getreten werden. Die Entschließung der weiddeutschen Zentrumsarbeiter, die wir gestern veröffentlichten, ist so gut wie der Aufruf der Demokratischen Partei ein Ausdruck der oppositionellen Stimmung im Volke gegen die Politik der Rechtregierung. Sie wird der Abrechnung nicht entgehen.

Was geschieht gegen die Teuerung? Man will die Preisprüfung beseitigen!

Den Vätern der Zollvorlage war es schon bei ihrer Begründung vor dem Reichstag nicht übermäßig wohl. Reichsanwalt Dr. Luthar hat in seiner Rede sogar eine Aktion in Aussicht gestellt, die eine übermäßig verteuernde Wirkung der Zölle verhindern sollte. Was bisher daraus geworden ist, darüber hört man nur wenig. Es sollen tatsächlich Besprechungen innerhalb der Reichs- und Länderregierungen im Gange sein, die Maßnahmen gegen die bereits außerordentlich drückende Teuerungswelle zum Gegenstand haben. Was dabei herauskommen wird, das kann man sich jetzt schon ungefähr vorstellen. Die Sache muß wie das Hornberger Schießen endigen, da man ja die Zölle abfichtlich zum Zweck der Preissteigerung und Preisverhaltung geschaffen hat. Entweder man beseitigt sie wieder — das erlauben die Deutschnationalen nicht und die Reichstagsmehrheit ist bekanntlich für solche Aufgaben zu müde —, oder aber man versucht mit notwirtschaftlichen Maßnahmen das Preisniveau unter den Stand zu senken, der nach der Einführung der Zölle nun einmal das Normale wäre.

In Wirklichkeit zielt man aber sogar darauf ab, der Spekulation am Warenmarkt gänzlich freies Spiel zu lassen. Wir weisen bereits darauf hin, daß die Reichsregierung im Begriff ist, die wichtigsten Organe einer Wucherkontrolle gerade jetzt aufzuheben, wodurch die bevorstehende Einführung der Zölle einer spekulativen Ausnutzung der breiten Massen Tür und Tor geöffnet wird. Wie weit die Dinge gediehen sind, geht aus einer amtlichen Nachricht hervor, die offenbar beruhigend wirken soll:

In der Abendpresse vom 19. August wurde gemeldet, daß dem Reichsrat von der Reichsregierung eine Vorlage zugegangen sei, die die völlige Aufhebung der letzten noch bestehenden notwirtschaftlichen Verordnungen, darunter die Verordnungen über die Preisreihbereiten und die Preisprüfungsstellen vorseht. Diese Nachrichten sind unrichtig. Die Frage der Aufhebung der notwirtschaftlichen Gesetzgebung beschäftigt bereits seit Februar d. J. die Öffentlichkeit, die amtlichen Stellen und die gesetzgebenden Körperschaften. Der Reichsrat, der Vorläufige Reichswirtschaftsrat und der Haushaltsausschuß des Reichstags haben sich inzwischen für eine über die ursprünglichen Absichten der Reichsregierung hinausgehende Aufhebung der notwirtschaftlichen Gesetzgebung ausgesprochen. Die Reichsregierung hat jedoch hierzu noch keine endgültige Stellung genommen.

Es hängt also nur noch von der Beschlussfassung des Reichskabinetts ab, ob die Preisprüfungsstellen, die neuerdings sich sehr lebhaft mit einem Eingreifen auf dem Warenmarkt beschäftigen, noch ihr Leben weiter fristen dürfen oder nicht. Wäre es der Reichsregierung ernst mit einem Kampf gegen die Teuerung oder wenigstens gegen eine spekulative Ausnutzung der Gewinnmöglichkeiten, die die Einführung der Zölle den Händlern und Agrarier bietet, so dürfte sie in keinem Falle jetzt die einzigen Organe der Preisüberwachung, also hauptsächlich die mittleren Preisprüfungsstellen abbauen. Aber auch mit ihrer Beibehaltung kann nur den schlimmsten Ausschreitungen am Warenmarkt begegnet werden. Die Wirkung der Zölle läßt sich nicht beseitigen mit papierernen Verordnungen oder gültlichem Juredean an die Interessenten. Die ganze Verantwortung für die Teuerung fällt somit auf die bürgerlichen Parteien zurück, die der Zollvorlage zum Siege verholfen haben und die selbst vor einem Verfassungsbruch nicht zurückschrecken, um die Interessenten in Industrie und Landwirtschaft auf ihrer Seite zu behalten. Um so weniger wird sich die Arbeiterklasse durch die Ablenkungsmanöver der Reichsregierung und ihrer Freunde beirren lassen, wenn der Tag der Abrechnung mit der verfehlten Wirtschaftspolitik des Rechtsblocks kommt.

Patriotische Großagrarien.

Sie wollen polnische, aber nicht deutsche Arbeiter.

Breslau, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Großes Aufsehen erregt in Schlesien die erneute Zulassung von polnischen Saisonarbeitern für die schlesische Landwirtschaft. Die schlesischen Landwirte haben ihre Anforderung mit den durch die eigentümlichen Temperaturverhältnisse des Sommers verursachten Arbeitsmangel begründet. Das Landesarbeitsamt zu Breslau und die Berliner Behörden haben daraufhin in Schlesien tausend polnische Saisonarbeiter zugelassen. Es ist jedoch fraglich, ob es überhaupt möglich sein wird, im Augenblick aus Polen Saisonarbeiter zu bekommen. Von den Opzianten aus Schneidemühl hat Schlesien nur sehr wenig bekommen. Die Ursache der neuen Forderung liegt darin begründet, daß die schlesischen Landarbeiter bei den vollständig unzureichenden Löhnen und auch bei den schlechten Wohnungsverhältnissen sehr zahlreich in die Industrie und in die Landwirtschaft des Westens abgewandert sind. Die schlesische Landwirtschaft steht also vor der Alternative, entweder diese Verhältnisse zu bessern und den deutschen Landarbeitern gesunde Lebensverhältnisse zu schaffen oder sie muß auf die polnischen Saisonarbeiter, die sich nicht nur die schlechten Verhältnisse, sondern auch eine Kasernierung und dauernde Unterdrückung gefallen lassen, zurückgreifen.

Urlaub von der Musik.

Lido-Venedig, 10. August.

Zeichen des Urlaubs und der gestärkten Nerven: man schaut nur alle acht Tage in eine Zeitung. Zeichen des ewigen Stillstands: man überdeckt mit jedem Bild Unmöglichkeiten. Zum Beispiel: der Wiener Ober-Agent Guttmann hat Kleiber zu 12 Konzerten in Buenos Aires engagiert. Zeit: September und Oktober. Das heißt Abwesenheit eines Hauptverantwortlichen der Oper für vier Monate, in der Hochsaison. Nicht acht Tage dürfte er fehlen, oder er muß einen würdigen Ersatzmann in der LaSche haben. Daß er sich gegen Kleiber wehrt, ist verständlich. Dauern kann aber Kroll nicht Oper zweiten Ranges bleiben. Die Spuren sprechen so gewaltig, daß ein Vertrag, in dem auf Jahre hinaus keine Prominenz neben Kleiber geduldet wird, als unstatlich, als kunsthinderlich beseitigt werden muß.

Zweite Notiz: Bruno Walter hat mit den Proben in der Sächsischen Oper begonnen. Das ist ein kontrollierbares Gerücht. Seit seiner Ernennung zum General hat Walter die Reichshauptstadt gemieden. Er lieh nur die einzelnen Offiziere, als da sind: Bresse, Intendant, Künstlerchor, im Paradehüft vor sich Revue passieren, nicht gnädig und erholte sich zu Beginn seiner Amtsperiode gründlich. Anfang August wachte noch kein Künstler in der Stadtoper, welche Rollen er studieren sollte. Zwischen Mitte und Ende August dirigiert Walter in Salzburg. Und Mitte September Eröffnung des Hauses? Der Mauerstreik, begreif ich wohl, kam allen sehr gelegen. Man streift mit.

Dritte Notiz: Der Bildhauer und Architekt Boeckig hat den Auftrag bekommen, den Philharmonieaal künstlerisch umzugestalten. Man sieht sich zweifelnd an den Kopf, aber auch mit Freude. Endlich eine Umwälzung, endlich ein Weg, äußerlich in dem klimmungsunvorbedachten Lokal der Bernburger Straße Freude, Lust des Allgemains zu erzeugen, endlich der Aufstieg vom Stall zum Festsaal. Die Freude ist kurz, der Bahn ist lang: es handelt sich um Wien, nicht um Berlin. Wir werden also warten, bis die Stadt Berlin ihren Kunsttempel baut. — Die Intendanten und Generalmusikdirektoren jetzt ihr Repertoire für den Winter zusammen. Nun wechseln zwar die Leiter sehr oft, die Spielpläne aber selten. Der Berliner Opernspektakel ist steril seit Jahren. Er pendelt immer und ewig zwischen Wagner und Puccini hin und her, wobei er gelegentlich, an außerordentlichen Tagen, Mozart und Verdi berührt. Aufführungen gibt es nicht, Entwürfen kaum. Bisher verkauft nicht, daß Bulonis „Faust“, Puccinis „Turandot“, Voltos „Aerone“ angenommen sei. Für die ausländischen Gäste, besonders aus Italien und Rußland, wäre Sorge für einen größeren Reichtum an Werken zu tragen. Wie oft noch soll „Tosca“ und „Rigoletto“ herhalten, um Stimm-Lummelplatz zu sein? Wir langweilen uns zu Tode. Wie wäre es mit dem „Mephistophele“ von Boito, um Schalkapin zu locken, mit der „Gioconda“ von Bonchelli, um Battiera oder Gigli zu haben, mit Donizettis „Roberto“ und „Lucia“, mit Regarders „Robert“ und „Huguenoten“, Verdi hat einen „Don Carlos“, einen „Otello“, einen „Forza del destino“ geschrieben, einen „Falstaff“ gar. Glud und Handel sollen ja, wie Weber und Marschner in Charlottenburg Vorfesttage finden. Gut ja. Vielleicht

bleibt Zeit, Cherubinis „Fanista“ einzustudieren, den klassischen Vorkläufer Beethovens und Webers, Schuberts Singspiele, Wolfs „Corregidor“, Wolff-Ferraris „Der Croblane“, Roepfels „Meister Guido“, die „Anderinnen“ von Berlioz, Wagners „Rienzi“ und „Liebesfest“, auch eine komische Oper Siegfried Wagners, Straußens „Feueroper“, die drei Einakter von Hindemith, die neuen Balletts von Arenal und Tjehen — meine Herren von der verantwortlichen Leitung: wie dünkt euch all das? Es heißt immer, es gäbe keine Opern. Es gibt sicher noch weniger Direktoren, die nach Opern suchen und die es riskieren, so etwas wie besonderen Stil oder Geschmack zu beweisen. Urlaub von der Musik: in Italien, dem Land der guten Rechten gibt's das nicht. Aber es gibt hier auch keinen Konzertbetrieb. Laßt uns in acht Tagen wieder in die Zeitung blicken!

Kurt Singer.

Ein Schutzorgan gegen Gasvergiftung.

Nach Untersuchungen des englischen Professors Joseph Barcroft, die in der bekannten Tageszeitung „Lancet“ veröffentlicht sind, ist die Milz ein Schutzorgan gegen Vergiftungen durch Gase. Die Milz enthält eine Blutreserve, die sich am Blutkreislauf nicht beteiligt, sie bildet ein Hämoglobinreservoir des Körpers.

Atmet ein Versuchstier Kohlenoxyd in noch nicht tödlicher Menge ein, so löst sich das Gas in den Blutproben nachweisen, nur nicht in dem Blut der Milz. Das hatte schon früher der deutsche Arzt Heger beobachtet. Bei Kaninchen, die Luft mit 0,1 Proz. Kohlenoxydgas eingeatmet haben, vergehen zwanzig Minuten bis auch das Milzblut dieselbe Menge Gas aufweist wie das Blut des Kreislaufes. Man kann diese Frist auf vier Stunden und länger ausdehnen, wenn der Kohlenoxydgehalt der Luft so niedrig ist, daß die roten Blutkörperchen sich nur sehr langsam mit dem Gase anreichern. Bringt man die Tiere dann wieder an die frische Luft, so erholt sie sich, und zwar reinigt sich zuerst das Kreislaufblut; erst nach einer Stunde wird auch das Milzblut gasfrei. Sorgt man dafür, daß die Tiere sich lebhaft bewegen, so findet der Ausgleich viel schneller statt. Die Milz hat also die Eigenschaft, sich von dem Blute des allgemeinen Kreislaufes abzusperren. Sie dient als ein Schutz für die Fälle, wo im Körper eine Verarmung an Hämoglobin eintritt. Bei mangelnden Tieren tritt der Tod durch Kohlenoxydvergiftung viel rascher ein als bei normalen. Die Versuche mit Blausäure, die anders wirkt als Kohlenoxyd, ergeben keinen Unterschied zwischen normalen und mangelnden Tieren.

Dr. R.

Alfred Metz gestorben. Der ordentliche Professor für Tiergeographie an der Berliner Universität Alfred Metz ist in Buenos Aires an den Folgen einer schweren Lungenentzündung gestorben. Er war mit einer Tiefseeforschungsexpedition, die er selbst zusammen gestellt und ausgerüstet hatte, nach Argentinien gefahren und unterwegs erkrankt. Professor Metz, der nur 45 Jahre alt geworden ist, stammte aus der Umgebung von Wien. Er gehörte zu den hervorragendsten Vertretern der wissenschaftlichen Tiefseeforschung. Er hat sich im Volksschulwesen lebhaft und verdientvoll betätigt, und die Berliner Volkshochschule ist dem so jung Hingegangenen vielen Dank schuldig. In seiner Bestattung stand er unserer Partei nahe, er war vor allem ein echter demokratischer und sozialer Republikaner.

Intelligenzprüfungen an Verbrechern. Zu bemerkenswerten Ergebnissen ist der amerikanische Arzt Dr. Murchison gekommen, der Intelligenzprüfungen — nach den beim Heer gebräuchlichen Methoden — an den Angefallenen und Insassen eines der größten amerikanischen Gefängnisse vorgenommen hat. Der Arzt teilt in seinem Bericht an die John-Heptins-Universität mit, er habe gefunden, daß die Gefangenen um 100 Proz. intelligenter sind als ihre Wächter. Seine Untersuchungen zeigen auch, daß Gewohnheitsverbrecher intelligenter sind als solche, die zum ersten Male im Gefängnis sitzen. Dr. Murchison erforchte 72 verschiedene Arten von Verbrechern, die er in sieben Gruppen teilte, um die Intelligenz der Personen, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht hatten, abzufragen zu können. Die intelligentesten Verbrecher sind, dem Ergebnis dieser Probe zufolge, diejenigen, die sich das Eigentum ihrer Mitmenschen durch Betrug anzueignen suchen. Die etwas weniger Intelligenz tun dasselbe mit Hilfe der Gewalt. Zur dritten Gruppe gehören gewöhnliche Diebe. Die Gruppe, die die geringste Intelligenz zeigte, waren die Sexualverbrecher. Betrüger zeigten sich in den meisten Fällen als sehr intelligent, häufig waren es Leute mit Gymnasial- oder Universitätsbildung.

Arbeitsplan der Volkshochschule. Das „Theater am Falkenberg“ wird im Laufe des Winters Schloßpreises Kaufmann von Benedig, Heddes „Judith“ und Goethes „Faust“ in neuen Inszenierungen bringen. Zur Uraufführung werden erwidert: Grabbes „Herzog Theodor von Holland“ in der Bearbeitung von Hof Launier. „Der bettelte Don Quixotte“ von H. Lunaschardt, „Das trübsame Schiff“ von Paul Jess, „Der deutsche Michel“ von Fr. Staudenhausen (bearbeitet von Hans Brand), Mit Alons Boquet schreiben Verhandlungen über die Uraufführung seines jüngsten Dramas, dessen Titel noch nicht feststeht. Dr. die Regie teilen sich Fritz Hoff und Erwin Piscator.

Die Deutsche Hochschule für Politik eröffnet am 26. Oktober ihr Wintersemester. Das dem Vortragsprogramm sind die folgenden Vorlesungen besonders erwähnenswert: Die Krise der Demokratie. Prof. Dr. A. G. Bonn. — Wirtschaft, Verkehr und Weltmarkt. Prof. Dr. A. G. Bonn. — England-Amerika in Wirtschaft und Politik. Prof. Dr. v. Schulze-Gaebert. — Geschichte der politischen Parteien. Dr. Th. Gehr (R. d. R.). — Aufgewählte Probleme des Völkerechts. Reichsgerichtspräsident Dr. W. Simons. — Moderne Industrieprobleme. Staatsr. Prof. Dr. Hirsch. — Arbeitsrecht. Prof. Dr. Kassel. — Dazu treten eine Reihe von Vorlesungen und besondere Seminare. Sämtliche Vorlesungen finden in den späten Nachmittags- und Abendstunden statt. Nach Abschluß eines regelmäßigen vierwöchigen Lehrganges kann eine Prüfung abgelegt werden, deren Bestehen hactlich beurkundet wird. Das Vortragsprogramm steht nicht Studienordnung und Prüfungsbedingungen ist gegen Einzahlung von 0,20 R. in Berlin erhältlich beim Sekretariat der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin W 56, Schinkelplatz 6.

Kablenprüfungen. Es ist vereinbart worden, daß alle 150 Kablendeckungen Europas in der Nacht zum 1. September d. J. gleichzeitig ein gemeinsames Programm senden, um die Leistungsfähigkeit der von der Internationalen Rundfunkvereinigung in Genf vorgeschlagenen Veränderung der Wellenlängen zu erproben. Jeder Sender wird sich in kurzen Abständen melden, um den Sprechern die Feststellung etwaiger Fehlerquellen zu ermöglichen. Die Ergebnisse werden am 21. und 22. September in Genf erörtert. Hieran wird den in Betracht kommenden Regierungen ein endgültiger Plan vorgelegt.

Prof. Ernst Erdmann, Dozent für Chemische Technologie an der Universität Halle, ist im Kurthotel in Raitzell (Valektarien) an einem Herzschlag gestorben.

Friedrich Brühne. Zu seinem 70. Geburtstag.

Heute, Donnerstag, den 20. August, begeht unser Parteigenosse Friedrich Brühne seinen siebenzigsten Geburtstag. Der Wahlkreis Höchst-Homburg-Iltingen, den Brühne im Reichstag von 1893/98 und von 1907 bis zur Nationalversammlung 1919 vertreten hat, ist das bevorzugte Arbeitsfeld seiner rastlosen Tätigkeit und Parteiarbeit gewesen. Mit der Einverleibung von Nassau in Preußen erhielt die sozialistische Bewegung in diesem Gebiet ihren Anstoß und die nun folgende Parteiarbeit lag vorwiegend in den Händen Brühnes. Der Mangel jeglicher Organisation zwang oft dazu, daß Brühne gleichzeitig Einberufer, Vorsitzender und Redner in den Versammlungen sein mußte. Aber nicht nur die Last der Organisation ruhte auf seinen Schultern, auch die Beschaffung der allernotwendigsten Mittel lag seiner Sorge ob. Beicht, nur allzu leicht werden diese ungeheuren Schwierigkeiten und die Opfer der Kämpfer vergessen, statt daß sie befruchtend auf den Nachwuchs der Partei wirkten.

Unzähligmal ist Brühne von der parlamentarischen Arbeit über Sonntag in seinen Wahlkreis geeilt, um Versammlungen abzuhalten und doch am nächsten Tag wieder seinen Pflichten als Abgeordneter im Reichstag zu genügen. Fahr- und Reisegelegenheit im Kreise gab es wenig und stundenweite Wege waren häufig. Dabei gab es keine Diäten aus Staatsmitteln, vielmehr mußte die Parteikasse den Abgeordneten für den Aufenthalt in Berlin Diäten zahlen. Das waren aber nur 6 Mark täglich, womit jedoch nicht nur die persönlichen Kosten des Abgeordneten bestritten werden sollten, sondern auch seine Familie zu Hause damit auskommen mußte.

Zu allen diesen Schwierigkeiten kam noch der Druck der staatlichen Organe. So stand Brühne auf der Liste der Auszuweisen, die auf Grund des Sozialistengesetzes am Weihnachtabend 1887 Heim und Herz verlassen mußten. Daß Brühne trotzdem nicht mit ausgewiesen wurde, verdankt er dem Umstande, daß er auf der Vorwahlliste für das bereits beschlossene Gewerbegebiet stand und Miquel, damals Oberbürgermeister von Frankfurt, Wert darauflegte, daß seine Ausweisung nicht erfolgte. Eine große Anzahl anderer Parteigenossen wurde damals am Weihnachtstage aus Frankfurt zwangsweise entfernt.

Wenn unser Jubilar heute der aktiven Parteiarbeit auch nicht mehr in dem früheren Umfange obliegt, so ist seine Teilnahme an Parteileben immer noch sehr reg. Seit 27 Jahren ist er Mitglied der Kontrollkommission der Partei und seit 10 Jahren führt er deren Vorsitz. So ist er ständiger Besucher des Parteitag.

Wir wünschen dem Jubilar, der als kleiner Gewerbetreibender schwer unter den Inflationen zu leiden hatte, einen Lebensabend, der ihm die Sorgen, Mühen und Opfer seiner Parteiarbeit in befriedigenden Erinnerungen genießen läßt.

Staatshilfe oder Staatschlichtung.

Ein Privatissimum für die „Rote Fahne“.

Manche Dinge muß man zweimal sagen. Der „Roten Fahne“ muß man alles immer zweimal sagen, aber in der Regel begreift sie auch dann nicht. Denn die Regel ist, daß ihr das Begreifen verboten ist. Was jeder Sozialdemokrat und jeder Bourgeois begreift, braucht die „Rote Fahne“ auf dem Präsentierteller. Es sei!

Der „Vorwärts“ hat am 17. August von der Staatsgewalt gefordert, daß sie die Großbanken, die aus durchsichtigen Gründen über die Uga den Kreditkollaps verhängt haben und den ehemaligen Generalbevollmächtigten des Sines-Konzerns, Edmund Sines, der sich gegen den Kreditkollaps und die Auslieferung seiner Erbschaftswerte an die „Rasse“ wehrt, an einen Tisch zusammenführt. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht oder wenn das Begreifen nicht verboten ist, versteht diese Forderung. Weil wir in Deutschland eine Rechtsregierung, d. h. eine Regierung der Großbanken und der Schwerindustrie haben, soll diese um das Eingreifen gegen das Faustrecht der Banken sich nicht drücken dürfen. Weil diese Rechtsregierung die heutige Zollpolitik gemacht hat und die Verelendung der Arbeiterschaft, damit die uferlose Verschärfung der Kredit- und Wirtschaftskrise fördert, darum soll sie gezwungen sein, den Kampf zwischen Industrie- und Bankkapital, der mit der Wirtschaft die Arbeiterschaft ruiniert, als eigene Sache schlichtend zu ordnen zu müssen. Dieser Rechtsregierung darf nicht erlaubt werden, sich um die Konsequenzen ihrer wirtschaftsruinösen Politik zu drücken.

Herr Ludwig in der „Roten Fahne“ aber, dreist und beschränkt zugleich, baut dieser Regierung goldene Brücken. Gezwungen von der verrückten These Rostaus von dem „revolutionären“ Kampf gegen die Damesierung Deutschlands, über dem Staatsbegriff vergehend, daß an der Spitze des Staates heute eine rechtsgerichtete, von großkapitalistischen Banken getragene Regierung steht, fordert er Staatshilfe, statt die Entlarung dieser Rechtsregierung, die die Rolle des Schlichters in die höchstverlegene Verlegenheit bringen und in aller Öffentlichkeit ihre Verantwortung für den fortschreitenden Ruin der Wirtschaft enthüllen muß.

Aber der „Roten Fahne“ liegt ja nichts an der Entlarung der Bourgeoisie. Sie muß die Sozialdemokraten und die Gesellschaftsbürokratie „entlarven“. Dazu muß sie der Arbeiterschaft die Staatssubvention des englischen Kohlenbergbaus sogar als Sieg der englischen Arbeiterschaft präsentieren, statt sich darauf zu besinnen, daß jede Subvention der Unternehmer zuletzt von der Arbeiterschaft bezahlt wird.

Hamburg und das Zollgesetz.

Ein Konflikt zwischen Senat und Bürgerschaft.

Hamburg, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Verhandlungen im Reichsrat über die Zollvorlage haben sich bekanntlich nur die Vertreter von Hessen, Lübeck, Berlin und der Provinz Sachsen dem Einspruch des sächsischen Gesandten Grabnauer angeschlossen. In Hamburg hat es schärfsten Protest ausgelöst, daß sich der Hamburger Vertreter im Reichsrat diesen Bändern nicht angeschlossen hat. Unser Hamburger Parteiorgan, das „Hamburger Echo“, hatte am Freitag in einem scharfgehaltenen Artikel diesen Vorgang kritisiert und darauf hingewiesen, daß sich der Hamburger Vertreter im Reichsrat mit seinem Verhalten in Widerspruch mit der übergroßen Mehrheit der Hamburger Bevölkerung und auch den Bedürfnissen der Hamburger Wirtschaft gesetzt habe. Im hamburgischen Landesparlament stehen 33 Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums 106 Abgeordnete gegenüber, die den Parteien, die im Reichstag gegen die Zollvorlage waren, zuzurechnen sind. Besonders bemerkenswert ist aber, daß das Organ der Volkspartei in Hamburg, der „Hamburger Correspondent“, ebenfalls vom hamburgischen Wirtschaftsstandpunkt aus die Zollvorlage verurteilt und die Behauptung aufstellte, daß der neue schützöllnerische Tarif dazu

Die preußische Amnestie.

Erfolge sozialdemokratischer Verbesserungsarbeit im Landtagsauschuß.

Am Mittwoch hat der Ständige Ausschuß des Preussischen Landtags die Rotverordnung des Staatsministeriums über die Gewährung von Straffreiheit in Preußen verabschiedet. Nun öffnen sich auch die Tore der preussischen Gefängnisse für einen Teil der politischen Gefangenen. Was von der Reichsregierung bereits nach Annahme des Londoner Pakts und der dadurch bedingten Freilassung der rheinischen Separatisten feierlich für das ganze Reich angefündigt wurde, ist nun, vier Monate nach der Hindenburg-Wahl, im bescheidensten Umfange Wirklichkeit geworden.

Der Erlaß einer Amnestie durch die Länder war insofern eine Notwendigkeit, als die Reichsamnestie nur die von Gerichten des Reichs abgeurteilten Delikte umfaßt. Die preussische Regierung legte deshalb unterzüglich dem Ständigen Ausschuß des Landtags eine Rotverordnung über die Gewährung von Straffreiheit in Preußen vor. Sollte kein Zustand der Rechtsgleichheit, d. h. keine Benachteiligung der durch die preussischen Gerichte verurteilten Politischen gegenüber den Reichsamnestierten geschaffen werden, so war zur Befreiung dieses Notstandes die schleunige Zustimmung durch den den Landtag vertretenden Ständigen Ausschuß geboten.

Die Vertreter der Sozialdemokratie haben den vorgelegten Regierungsentwurf einer eingehenden Kritik unterzogen. Obwohl der preussische Justizminister sich auf den Standpunkt stellte, daß die Verordnung der Regierung nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden könne, da die Erweiterung der Amnestie gegenüber der Reichsamnestie nicht mehr „die Befreiung eines ungewöhnlichen Notstandes“ im Sinne des Artikels 55 der Preussischen Verfassung*) bedeuten würde, ist es gelungen,

die Vorlage nicht unwesentlich zu verbessern.

In zirka zehnstündiger intensiver Beratung eines Unterausschusses wurde in Uebereinstimmung mit den Regierungsvertretern eine Plattform gefunden, die den Deutschnationalen sowie den Kommunisten die Zustimmung ermöglichte. Es muß dabei freilich mit aller Schärfe hervorgehoben werden, daß es unseren Vertretern nicht gelungen ist, die bürgerlichen Parteien zu bewegen, grundsätzlich über den Rahmen der Reichsamnestie hinauszugehen. Kein Hinweis auf die jedem Volksempfinden höhnsprechenden drakonischen Zuchthausurteile gegen Arbeiter, kein Vergleich mit der Milde der Gerichte gegen Rechtsradikale konnte die bürgerlichen Abgeordneten bewegen, die Zuchthausurteile bis zu einem gewissen Umfang zu amnestieren. Gab doch selbst ein Zentrumsabgeordneter, der Richter ist, zu, daß sich leider viele seiner Kollegen noch nicht daran gewöhnen könnten, „im Namen des Volkes“ Recht zu sprechen. Ebenso bedauerlich ist es, daß man bei den Ausnahmen von der Amnestie gewissermaßen einen „Hochverrat im Rückfall“ konstruiert hat, obwohl das Gesetz einen solchen Begriff nicht kennt. Hier glaubten die Vertreter der Rechtsparteien, das „wohlverstandene Staatsinteresse“ vor die anerkannt idealen Motive des einzelnen stellen zu müssen. Leider ist es auch nicht gelungen, jenen bedauernswerten Frauen zu helfen, die Opfer des § 216, des be-

*) Nach Artikel 55 der Preussischen Verfassung kann der Ständige Ausschuß, sofern der Landtag nicht versammelt ist, in Uebereinstimmung mit der Regierung Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Befreiung eines dringenden Notstandes es dringend erfordert.

beitrage, die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu verewigen. Umso erstaunlicher mußte die Stellungnahme des Hamburger Vertreters im Reichsrat sein.

Inzwischen hat sich der Hamburger Senat mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt, in der er zwar seine „grundsätzlich ablehnende Stellungnahme gegenüber der Zollvorlage“ herabsetzt, aber den Nichterspruch damit zu verteidigen sucht, weil vom hamburgischen Standpunkt aus die Zollvorlage besonders in der Gefrierfleischfrage durch die vom Reichstag vorgenommene Aenderung verbessert worden sei. Uebrigens hätte auch bei dem Mehrheitsverhältnis im Reichsrat ein Einspruch Hamburgs nur eine Demonstration dargestellt. Diese Haltung des Senats ist nun Anlaß zu einem offenen Briefe des Ortsausschusses Hamburg des DDB, an die Sozialdemokratische Partei gewesen, in welchem um Auskunft gebeten wird, ob die sozialdemokratischen Senatoren von der Instruktion des Reichsratsvertreter gewußt haben und ob die Sozialdemokraten im Senat die Erklärung des Senats billigten. Der Vorstand der hamburgischen Bürgerschaftsfraktion hat dazu seinerseits eine Erklärung erlassen, wonach die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von der Erklärung nichts wußten, was Anlaß zu Auseinandersetzungen im Senat geben werde. Nun hat auch die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion eingegriffen und für die am Mittwoch stattfindende Sitzung des Landesparlamentes eine Anfrage eingebracht, in der gefragt wird, ob es richtig ist, daß sich der Vertreter Hamburgs mit der fast geschlossen gegen den Zolltarif stehenden hamburgischen Bevölkerung und Wirtschaft in unzulässiger Weise in Widerspruch gesetzt hat, ob der Senat dieses Verhalten billigt und den betreffenden Bevollmächtigten auch weiterhin mit der Vertretung Hamburgs zu betrauen gedenke. Zum Schluß wird Auskunft verlangt, wer dem Vertreter im Reichsrat die Instruktionen erteilt hat. Nach der Verfassung ist diese Anfrage innerhalb 14 Tagen zu beantworten, und es steht zu erwarten, daß es in der Bürgerschaft dann zu scharfen Auseinandersetzungen kommen wird, da die zollgegnerischen Parteien sich auf jeden Fall vor Wiederholungen solcher Vorgänge sichern wollen.

Ein Reinfall.

Die „Ordnungsregierung“ abgelehnt.

Weimar, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Dienststrafkammer in Weimar hatte sich kürzlich der Bürgermeister von Meuselwitz, Genosse Bood, zu verantworten, weil er auf Grund eines Beschlusses seines Gemeinderates am 1. Mai a. i. sämtliche Dienststellen geschlossen hielt. Bood berief sich dabei auf die thüringische Kreis- und Gemeindeordnung, die Regierung aber erklärte darin eine Verletzung der Dienstpflichten des Bürgermeisters. Sie hatte kurz vor dem 1. Mai eine Anordnung erlassen, nach der die Diensträume der Gemeinden nur an gesetzlichen Feiertagen geschlossen sein dürften. Das Ministerium erkannte gegen Genossen Bood auf eine Disziplinarstrafe von 25 M. Auf Boods Einspruch entschied die Dienststrafkammer jedoch, daß der Standpunkt der Regierung unhaltbar sei, um so mehr, als die Unterteilung der städtischen Verwaltungstätigkeit in Selbstverwaltungs- und Auftrags-

rüchtigen Abteilungsparagrafen, geworden sind. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag wurde abgelehnt.

Es bleibt also, wie in der Reichsamnestie, auch in Preußen bei der Amnestierung aller politischen Straftaten, die mit Geldstrafen oder mit Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren Festungshaft oder Gefängnis geahndet wurden. Verfahren, die bis zum 15. Juli 1925 noch nicht zur Verurteilung führten, werden eingestellt, wenn voraussichtlich auf keine höhere Strafe als die eben angeführten erkannt würde. Verhängte oder noch zu verbühende Festungs- oder Gefängnisstrafen, die über zwei Jahre hinausgehen, werden um zwei Jahre gekürzt.

Einbezogen werden in die preussische Amnestie wie beim Reich der Hochverrat, die Teilnahme an unerlaubten Verbänden, Zuwiderhandlungen gegen das Republikstiftungsgesetz, Versammlungsstörungen und die damit im Zusammenhang stehenden Straftaten.

Darüber hinaus aber bringt die preussische Verordnung eine Amnestierung der Verurteilungen, die z. B. wegen

Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Aufforderung zum Angehorfam, Aufruhrs, Landfriedensbruchs, Hausfriedensbruchs, unerlaubten Waffenbesitzes, Ausreizung zu Gewalttätigkeiten, Sachbeschädigung, öffentlicher Beleidigung, Verächtlichmachung von Staatsbehörden und den damit in Zusammenhang stehenden Straftaten im politischen Kampfe

erfolgten. Das Wesentlichste aber bleibt, daß darüber hinaus durch die Initiative unserer Vertreter die Amnestie ausgedehnt ist auf alle Delikte, die im wirtschaftlichen Kampfe begangen wurden. Darunter fallen also nunmehr die Strafen, die im Verfolg des Kampfes um den Achtstundentag, nach Streiks und Aussperrungen u. a. verhängt wurden.

Eine weitere Verbesserung liegt darin, daß bei Verhängung von Gesamtsstrafen, die durch mehrere Verurteilungen entstanden sind, im Gegensatz zur Reichsamnestie die Niederschlagung bezw. der Straferlaß gesondert eintritt. Das Reichsamnestiegesetz verbietet ganz allgemein einen höheren Straferlaß als zwei Jahre.

Die Amnestie erstreckt sich nicht auf die Vergehen, die aus der Inflationszeit stammen und in der wirtschaftlichen Notlage jener Zeit ihre Ursache haben. Das Justizministerium hat hierbei in einer Erklärung auf den Weg der Einzelbegnadigung verwiesen und bei Würdigung feierlich jedes Entgegenkommen zugesagt. Auf Grund der von uns bei der vorjährigen Justizdebatte eingebrachten und angenommenen Entschlüsse sind übrigens bis jetzt zirka 10 000 Einzelbegnadigungen erfolgt.

Die preussische Amnestie ist keine Vollamnestie. Sie erstreckt nur die Delikte des politischen und wirtschaftspolitischen Kampfes, und auch diese nur zum Teil. Sie lehnt sich allzu eng in ihren Grundzügen an die Reichsamnestie an, und wir haben durchaus keine Ursache, mit ihr zufrieden zu sein. Sie gibt vielen, denen durch „öffentliche Rechtsprechung“ offensichtlich schweres Unrecht geschehen ist, nicht den Rechtsanspruch auf die Wohltat der Amnestie.

Soweit die Verordnung über den Rahmen der Reichsamnestie hinausgeht, ist es der Initiative der Sozialdemokraten zu danken,

Diese haben damit versucht, einen Teil jener Versprechungen einzulösen, die die Rechtsparteien im Ueberchwang des Sieges nach der Hindenburg-Wahl den bedauernswerten Opfern der politischen Wirren und Kämpfe machten und schließlich — wie bei der Aufwertung — nicht gehalten haben. Otto Reiser, M. d. B.

angelegenheiten durchaus strittig sei. Es liege im Wesen der Selbstverwaltung, daß die Selbstverwaltungskörper an keine anderen Schranken als die bestehende in Gesetz gebunden seien. Diese seien aber im vorliegenden Fall nicht verletzt worden. Die Dienststrafkammer hob die Strafe auf mit der Begründung, daß das Ministerium nicht das Recht habe, den Gemeinden die äußere Form der Ausführung und Erledigung ihrer Aufgaben vorzuschreiben, sondern daß sich das Anweisungswort der Regierung nur auf die Erledigung selbst und ihre Geschicklichkeit erstrecken könne.

Sozialdemokratische Bürgermeister.

Weimar, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der sozialdemokratischen Bürgermeister in Thüringen ist wieder um einen vermehrt worden. Bei der Bürgermeisterwahl in Siebnach-Hallenberg fiel die Wahl auf den Genossen Henze aus Hesseode.

Öffentliche Pleite.

Weimar, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber das Vermögen der östlichen „Dsthüringer Barie“, Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. in Gera, ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

Betriebsstilllegungen.

Weimar, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Textilfabrikanen in Gera ließen durch Anschlag mitteilen, daß sie die Arbeitsverträge zum 1. September kündigen und von diesem Tage ihre Betriebe schließen werden.

Die Provinzialwahlen.

Wahltermin 25. Oktober. — Noch nach dem alten Gesetz

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Es besteht keine sichere Aussicht, daß der Entwurf eines Provinziallandtags- und Kreisstagesgesetzes noch so rechtzeitig verabschiedet werden wird, daß die Neuwahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen, bei denen die Wahlzeit der Abgeordneten nach dem Gesetz vom 9. Juli 1925 am 1. November d. J. abläuft, rechtzeitig von diesem Tage aus Grund des neuen Gesetzes würden stattfinden können. Unter diesen Umständen scheint es geboten, die Neuwahlen noch vor dem 1. November d. J., und zwar auf Grund des Gesetzes vom 3. Dezember 1920, vorzunehmen zu lassen. Auf Grund des § 1 eben dieses Gesetzes hat das Staatsministerium deshalb beschlossen, daß am Sonntag, den 25. Oktober d. J., die Neuwahlen zu den Provinziallandtagen der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen/Westpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und der Rheinprovinz sowie zu den Kommunallandtagen der Bezirksverbände Cassel und Wiesbaden stattfinden sollen.

In einem Rundverlaß des Ministers des Innern werden demnächst die Landräte derjenigen Kreise, in denen Neuwahlen zum Kreistage stattfinden sollen, angewiesen werden, die Kreisaustritte zu veranlassen, gemäß § 14 des Gesetzes vom 3. Dezember 1920 die Neuwahlen zu den Kreistagen auf den gleichen Tag anberaumen zu lassen, damit die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen in Verbindung miteinander vollzogen werden können.

Gewerkschaftsbewegung

An die Berliner Arbeiterkraft!

Auf Veranlassung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter und der kommunistischen Partei Deutschlands zirkulieren seit Wochen bereits in den Berliner Betrieben Sammellisten, angeblich um mit dem Ertrag die ausgeschlossenen Bauarbeiter zu unterstützen.

Wiederholt wurde von den führenden Bauarbeiterverbänden öffentlich darauf hingewiesen, daß sie mit dieser Ausgabe von Sammellisten nichts zu tun haben, da sie aus eigener Kraft die erforderlichen Unterstützungsbeträge für die kämpfenden Kollegen zu leisten vermögen.

Für den Fall einer Erweiterung des Kampfes durch Verwirklichung der von den Bauherren angekündigten Generalaussperrung aller Bauarbeiter hat der Bundesausschuß des A.D.B. den Bauarbeiterverbänden bereits tatkräftige Unterstützung zugesichert. Der Vorstand des A.D.B. würde in diesem Falle nicht zögern, die gesamte organisierte Arbeiterkraft zur Mithilfe aufzurufen, um den Nachwillen der Unternehmer durch die allgemeine Solidarität der Arbeiterkraft zu brechen. Eine solche wirklich wirksame Hilfeleistung wird aber durch die jetzt umlaufenden Sammellisten parteipolitisch interessierter Sondergruppen gefährdet. Im Interesse der erfolgreichen Kampfführung sind daher diese Listen zurückzuweisen, um mit ganzer Kraft zu helfen, wenn die Arbeiterkraft durch ihre berufene Vertretung dazu aufgerufen wird.
Der Vorstand des A.D.B.

Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

Am Freitag Fortsetzung.

Berlin, 19. August. (W.F.B.) Am Mittwoch fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft Verhandlungen mit den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften über die Kündigung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages statt. Die Gewerkschaften hatten, wie bekannt, außer einer allgemeinen Lohnhöhung von 12 Pf. je Stunde die höhere geldliche Bewertung des von Arbeitern ausgeführten Beamtendienstes, die Bezahlung der im Betrieb und Verkehr beschäftigten Arbeiter auch an arbeitsfreien Tagen sowie die Hebung der Löhne in einzelnen Bezirken des Lohngebietes 1 auf die Höhe der Löhne im Lohngebiet 2 gefordert. Die Reichsbahngesellschaft glaubt nach den von ihr angestellten Erhebungen nicht in der Lage zu sein, einer allgemeinen Lohnhöhung für die Reichsarbeiter zuzustimmen. Sie hat sich aber bereit erklärt, einen ausreichenden Ausgleich dort zu schaffen, wo die Löhne der Reichsbahnarbeiter hinter denen der vergleichbaren Industriearbeiter zurückbleiben. Auch bei einzelnen Punkten der übrigen Forderungen will die Reichsbahn entgegenkommen zeigen. Die Aussprache führte zu keinem positiven Ergebnis. Beide Parteien werden nach nochmaliger eigener Beratung am Freitag nachmittag zu gemeinsamer Verhandlung zusammentreten.

Lohnbewegung im Bäckergewerbe.

Der Preisentwicklung folgend, hatte der Deutsche Nahrungsmittel- und Gewürzmittelarbeiterverband (Sitz Hamburg) bei den Bäckermeistern und Brotfabrikanten Lohnforderungen gestellt. Die direkten Verhandlungen verliefen ergebnislos, und der Schlichtungsausschuß, der dann angerufen wurde, fällt einen Schiedsspruch mit einer Lohnhöhung von 3 bis 9 Proz. für die einzelnen Gruppen. Die Arbeitgeber lehnten auch den Schiedsspruch ab, da nach ihrer Behauptung die Steigerung der Preise so unerheblich sei, daß eine Lohnänderung nicht gerechtfertigt sei. In weiteren Verhandlungen vor dem Schlichter boten die Arbeitgeber in der Spitze 2 W. Lohnhöhung pro Woche, womit alle Preissteigerungen berücksichtigt seien.

Unter dem 19. August lief die Mitteilung des Schlichters bei dem Verband ein, daß die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt werden mußte, da die im Artikel 1 § 6 der Schlichtungsordnung vorgezeichneten Voraussetzungen nicht vorliegen.

Die Bäckermeister haben sich in einer Vorstandssitzung aller Innungen am 18. August mit der Lohnfrage befaßt. Ob sie beschließen, eine höhere Zulage zu machen, ist nicht ganz sicher, doch werden sie das wohl oder übel tun müssen.

Die Bäckergehilfen wurden zu der Situation umgehend Stellung. Die Bäckergehilfen werden zu der Situation umgehend Stellung treffen.

Quertreiberei der Bekleidungsarbeiter „Opposition“.

Wie in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, ist durch die Haltung des Arbeitgeberverbandes in der Herrenkonfektion eine äußerst schwierige und kritische Situation entstanden, die der Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband veranlaßt hat, zu heute eine Reichskonferenz zu berufen, um endgültige Beschlüsse für die weitere Erledigung dieser Angelegenheit zu fassen. An die Mitglieder ist die Aufforderung ergangen, bis dahin von allen örtlichen Kampfmaßnahmen abzusehen, um nicht die Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Bewegung zu gefährden. Dieses war besonders deshalb notwendig, weil der Arbeitgeberverband angekündigt, daß bei Anwendung einzelner örtlicher Kampfmaßnahmen die Aussperrung für die gesamte deutsche Herrenkonfektion sofort erfolge.

Da wir keinen Grund haben, uns den Kampf vom Arbeitgeberverband aufzwingen zu lassen, sondern den Zeitpunkt hierfür nach eigenem Ermessen selbst wählen wollen, wenn ein Kampf unvermeidlich ist, — und mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann, ist strengste Geschlossenheit und größte Disziplin der Arbeiterkraft in der Konfektion mehr denn je erforderlich. Diese ist jetzt erschüttert dadurch, daß der Bekleidungsarbeiter-Verband „Opposition“ unter Führung von Schumacher und Fehner in einigen Betrieben seine Mitglieder gestern in den Streik eintreten ließ.

So sehr es notwendig ist, ein besseres Ergebnis zu erzielen, wie es der Arbeitgeberverband in seinem letzten Angebot machte, ist

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

dieses Sonderverfahren geeignet, diese Absicht zu fördern. Das Sonderverfahren der „Opposition“, das ohne Einvernehmen mit den übrigen Arbeitnehmerverbänden erfolgt ist, ist deshalb keine Förderung, sondern eine schwere Schädigung der Durchführung der Bewegung.

Wir fordern deshalb unsere Mitglieder auf, den Parolen der Sonderorganisation „Opposition“ keinerlei Folge zu leisten und die Entscheidung der Reichskonferenz abzuwarten.

Nur geschlossenes, diszipliniertes und einheitliches Vorgehen ist die Gewähr für einen endgültigen Erfolg.
Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.

Tagung der Bauunternehmer.

Die Bauunternehmer waren am Mittwoch in Berlin versammelt. Ob sie zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen sind und was sie nunmehr beschließen haben, darüber haben sie bis jetzt noch nichts verlauten lassen, sondern strengstes Schweigen bewahrt. Bei einiger Ueberlegung müßten sie zugeben, daß mit dem Schiedsspruch nichts anzufangen war und erneute Verhandlungen herbeiführen.

Gewerkschaftskongress und Kommunisten.

Das Gesamtergebnis von den Delegiertenwahlen zum Deutschen Gewerkschaftskongress und zum Kongress der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter liegt nunmehr vor. Die Kommunisten vertrieben in keinem der Wahlkreise und zu keinem der Kongresse Delegierte ihrer Richtung zum Siege zu führen. In allen Wahlkreisen wurden die Kandidaten der Arbeiterpartei mit großer Mehrheit gewählt, während die Kommunisten im allgemeinen nicht in der Lage waren, auf ihre Kandidaten verhältnismäßig große Stimmzahlen zu vereinnahmen. Es dürfte auch dieses Resultat ein sichtbares Zeichen dafür sein, daß der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften immer geringer wird.

Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

Essen, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Verhandlungen am Mittwoch unter Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Wehlich zur Regelung der Lohnstreitigkeiten im Ruhrbergbau wurde eine Einigung erzielt. Gegenüber den Forderungen der Bergarbeitergewerkschaften auf Erhöhung der Löhne stellte sich der Zechenverband auf den Standpunkt, daß er angesichts der überaus schlechten Wirtschaftslage im Ruhrbergbau eigentlich eine Herabsetzung der Löhne fordern müsse. Aus sozialen Erwägungen glaube er aber, zurzeit hiervon absehen zu sollen. Er fordere jedoch auf Grund des Leistungsprinzips die Festsetzung von Spannungslöhnen, d. h. daß die jetzigen Schichtlöhne nur als normale gelten sollten, daß sie aber im Einzelfalle bei Minderleistung und Minderleistungsfähigkeit bis zu 10 Proz. unterschritten werden dürfen. Die Schlichtungsammer fällt schließlich einen Schiedsspruch, nach dem die bisher geltende Lohnordnung am 1. September wieder in Kraft gesetzt wird, erstmals kündbar zum 31. Oktober. Eine Stellungnahme der Parteien zum Schiedsspruch liegt noch nicht vor. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 26. August.

Verichterstatter, die das Gras wachsen hören.

Bochum, 19. August (Eigener Drahtbericht). Preismeldungen über Verhandlungen zwecks Aufnahme der kommunistisch-syndikalistischen „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ in den Deutschen Bergarbeiter-Verband sind, wie dieser erklären läßt, unzutreffend und werden von den Organisationsleitungen dementiert.

Henry Ford als Reeder.

(W.F.) Henry Ford, der amerikanische Automobilkönig, tritt seit einiger Zeit auch als Schiffsahrtunternehmer auf. Allerdings handelt es sich hierbei ausschließlich um eine Reederei, die nur Frachtgüter der Ford'schen Fabriken befördert, aber das genügt schon, um unter den amerikanischen Reedern einige Beunruhigungen hervorzurufen, denn bisher war Ford mit seinem Massenbedarf und seinem Massentransport ein ausgezeichneter Kunde. Mit der Errichtung einer Reederei hat sich Ford von dem Schiffsahrtkapital unabhängig gemacht. Er läßt nun die vom Auslande bezogenen Rohmaterialien selbst anfahren und die Produkte selbst in die Bestimmungshäfen leiten. Aber über dem Verlust des guten Kunden verlegt sich noch etwas anderes die amerikanischen Reeder in Beunruhigung. Durch die Anwendung des in seinen Fabriken mit großem finanziellen Erfolg eingeführten Lohnsystems auch in seiner Reederei ist es ihm gelungen, schnell einen tüchtigen Stab von Seeleuten anzumustern und diese den Reedereien wegzuschlagen. Ford zahlt nämlich in seiner Reederei Heuern, die die Landläufigen um 50 bis 100 Proz. überschreiten. Die Mindestheuer ist auf 100 Dollar festgesetzt. Das erste Ford-Schiff „Dneida“ ist Anfang Juli mit der Bestimmung Bordeaux, Kopenhagen und Antwerpen mit einer Ladung von 5000 Automobilen und 68 Traktoren in See gegangen. Es hat eine Besatzung von 27 Mann und eine Wasserdrängung von etwa 3600 Tonnen. Mit einem amerikanischen Schiff gleichem Umfangs verglichen ist der Unterschied der monatlichen Heuern wie folgt:

Grade	Ford-Schiff	Shipping Board	Privat-Reederei
	Dollar		
1. Offizier	225	180	155
2. „	175	160	130
3. „	150	145	115
Bootsleute	125	75	65
Bootsmatrose	105	62,5	55
Leichtmatrose	100	47,5	40
Radiotelegraphist	150	105	90
1. Maschinist-Assistent	225	180	155
2. „	175	160	130
3. „	150	145	115
Defer	110	72,5	65
Heizer	105	65	57,5
Stewards	100	100	105
Küche	100	100	90
Reiseverloren	100	52	40

Die Besatzung der „Dneida“ besteht u. a. aus 6 Boatsmännern, 3 Defern und 3 Heizern und entspricht der Besatzung gleichgroßer amerikanischer Schiffe.

Zurzeit hat Ford 5 Schiffe in der Fahrt. Er hat kürzlich 200 Schiffe der staatlichen Handelsflotte, von der etwa 7/8 aufgeleigt sind, zum Preise von 341 200 Pfund Sterling (annähernd 7 Millionen Mark) übernommen. Wie Ford erklärt hat, sollen 170 Schiffe abgewrackt werden. Die übrigen Schiffe sollen für Desferierung umgebaut und für die eigenen Transporte der Ford-Fabriken verwendet werden.

Der belgische Metallarbeiterstreik.

Brüssel, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der seit über sechs Wochen dauernde belgische Metallarbeiterstreik geht immer noch weiter. Aber die Unternehmer zeigen unverkennbare Zeichen der Ermüdung, so daß der Sieg der Arbeiter nunmehr zuversichtlich erwartet werden darf. Eine Anzahl der Unternehmer haben ihre Forderungen zurückgezogen und damit die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht. Im Unternehmerverband beginnt Uneinigkeit um sich zu greifen. Nur einige Schornmacher beharren noch am Durchhalten, aber der Widerstand der Unternehmer scheint seinem Ende nahe.

Die Tabakarbeiterlöhne in Bulgarien abgebaut.

Sofia, 19. August (W.F.B.). Der Abbau der Löhne in den bulgarischen Tabakfabriken ist beendet. Die Arbeiter haben sich mit einer Lohnkürzung um 10 Proz. einverstanden erklärt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Textilfabrikan in Gera ließen durch Anschlag mitteilen, daß sie die Arbeitsverträge zum 1. September kündigen und von diesem Tage ab ihre Betriebe schließen werden. — Sie werden sie wieder aufmachen!

Die Hamburger Hafenarbeiter haben den Ende August ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. Verhandlungen sind bereits eingeleitet.

Die Gemeindearbeiter in Baden fordern die Erhöhung ihres Stundenlohnes um 15 Pf. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband badischer Gemeinden waren erfolglos, weshalb die Bezirksfachdeputation in Karlsruhe angerufen wurde.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Armin Gatenmann; Gemeindefragen: Dr. Götze; Justiz: Dr. John Schömann; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Auslagen: Dr. Götze; (Sammler in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, Stern 2 Zeilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.

Erfahrene und Kauflose
zur festigen Hauptziehung der Preussischen Staatslotterie
(und noch zu haben in der)
Lotterie-Einnahme von Karl Gehle
Berlin W., Potsdamer Str. 3, am Potsdamer Platz
R-Verbot 428, 429.
Bestellungen auf Lose erster Klasse werden schon jetzt entgegen genommen.

Große Reklame für Malz- und Kornkaffee

bis einschließlich Mittwoch, den 26. August

Allerfeinster Pfund 48 jetzt **43 Pf.** Gersten- und Roggenkaffee Pfund 30 jetzt **25 Pf.**
Hochfeiner . Pfund 38 jetzt **33 Pf.** Kornkaffee-Mischung Paket 25 jetzt **20 Pf.**

Eigene Mälzerei
u. Rösterei

Reichelt

146 Geschäfte

die Firma der guten Qualitäten
bei billigen Preisen



Die Preissteigerung für Lebensmittel beschränkt sich nicht bloß auf das Fleisch, sondern sie hat alle Arten von Lebensmitteln erfaßt, und auch die Preise für Gemüse und Obst sind in diesem Jahr weit höher, als der allgemeinen Teuerung gegenüber den Vorkriegszeiten entspricht. Es dürfte von wesentlichem Interesse sein, die Faktoren, die die Preisbildung beeinflussen, kennenzulernen.

Das Obst aus der Umgebung.

Den kleinsten Weg macht das Obst, das aus der Umgegend von Berlin: von Werder, Blindom, Ferch usw. hierher kommt. Diese Obstzüchter haben in der Zentralmarkthalle 334 Stände und verkaufen das Obst direkt an die Kleinhändler, oder nicht etwa billiger, als wenn es auf dem Umweg über den Großhändler an die Kleinhändler gelangt. Sie lassen sich einfach für das Obst die Preise zahlen, die die Kleinhändler auch sonst den Großhändlern zahlen würden. Außerdem haben diese Obstzüchter circa 150-200 Stände im Lustgarten und geben hier das Obst teilweise an Kleinhändler, teilweise direkt an Verbraucher ab. Ferner kaufen circa 20 Berliner Großisten das Obst in Werder und Umgegend auf. Ein Teil von ihnen fährt mit Fuhrwerken zu den Obstzüchtern und nimmt das Obst, das er gekauft hat, sofort mit. Ein anderer Teil des angekauften Obstes wird an eine Sommerstelle gebracht und von dort aus nach Berlin geschickt. Die Großisten zahlen den Obstzüchtern den Preis, den sie erhalten und berechnen für den Verkauf eine Provision von 10 Proz. brutto. Der Obst- und Gemüsehandel berechnet eine Spanne von 33 Proz., die ihm von der Preisprüfstelle zugewilligt worden ist, gegen 25 Proz. Zuschlag auf den Selbstkostenpreis im Frieden.

Das Obst aus weiten Fernen.

Nun kommt Werder für die Versorgung Berlins nur in allergeringstem Maße in Frage. Es kann nur für wenige Wochen Berlin mit Birchen, Johannisbeeren und Stachelbeeren beliefern, Hartobst, also Pflaumen, Birnen, Äpfel und Pfirsiche, Aprikosen werden überhaupt nicht aus Werder bezogen. Diese kommen aus Italien, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn. Im Spätherbst auch aus Amerika. Die deutsche Obstversorgung erfolgt zu neun Zehnteln aus dem Ausland, und zwar liefert Italien Pfirsiche, Weintrauben, Pflaumen, Birnen und zum Teil auch Äpfel. Aus der Tschechoslowakei kommen Birnen, Äpfel und vor allem Pflaumen. Die Ungarn liefern, wie erwähnt, unsere Hauptlieferanten für Aprikosen, daneben kommen aber auch ungarische Pflaumen und Weintrauben auf den deutschen Markt. Neben diesem eigentlichen Obst werden in Deutschland sehr viel Äpfelkernen und Bananen gegessen, für die Italien und Spanien die Hauptbezugsquellen sind.

Die Bananeneinfuhr.

Die Belieferung mit Bananen geschieht in eigenartiger Weise. Sie ist in den Händen der United Fruits Compagnie, eines Trusts, der die ganze Welt mit Bananen versorgt. Er beherrscht vor allen Dingen die westindische Bananenerzeugung, ist im Besitz ganzer

Eisenbahnliesen und eigener Dampfschiffahrtsliesen, die mit Extrahetzvorrichtungen für das Reifen der Frucht während des Transports versehen sind. Ein Freihandel in Bananen ist eigentlich nur auf den Kanarischen Inseln möglich, da dort die Früchte noch nicht vom Tropaerfarkt werden. Wertwürdigere Weise ist der Bananentonsun, obwohl die Banane eine verhältnismäßig sehr teure Frucht ist, im starken Aufstiege begriffen, und es ist zu beobachten, daß das Publikum in erster Linie nicht das kauft, was vorhanden ist, sondern das verlangt, was teurer und schwer zu beschaffen ist. Es waren z. B. vor einigen Wochen grüne Bohnen am Markt, die im Engroshandel mit 4 bis 5 Pf. verkauft wurden und beim Kleinhändler mit 10 Pf. für das Pfund oder mit 15 Pf. für zwei Pfund bezahlt wurden. Sie konnten nicht abgesetzt werden. Augenblicklich, wo Bohnen teurer geworden

die italienischen Tomaten. Dänemark beliefert Deutschland während der Monate Februar bis Mai mit Weißkohl. Die Auslandsbezüge erfolgen in der Weise, daß die großen Importeure an Ort und Stelle bei den Produzenten die Ware aufkaufen lassen. Sie werden dann in die Baggons gebracht und nach den einzelnen Städten verladen. Da wegen der leichten Verderblichkeit die Ware innerhalb weniger Marktstunden verkauft werden muß, muß die Verteilung an die Kleinen Händler durch den Großhändler vorgenommen werden.

Die Preispannen.

Und nun zum Schluß etwas über die Preise. In Baden erhält der Produzent für einen Zentner Pflaumen 40 M. von dem Großhändler bzw. seinem Einkäufer. Der Großhändler verkauft diese Ware mit 46 bis 50 M. für den Zentner, und im Kleinhandel kosten die Pflaumen 60 bis 70 Pf. pro Pfund. Also die größte Spanne nimmt der Kleinhändler, das liegt daran, daß er kleinere Mengen absetzt, also an der Umlageinheit mehr verdienen muß, als der Großhändler. Die Preise würden noch höher sein im Kleinhandel, wenn der Straßenhandel nicht preisregulierend wirken würde. Der Straßenhandel verkauft zwar nicht die beste Ware, aber er verkauft billig, und die in der Nähe des Straßenhandels liegenden Geschäfte können sich schon der Konkurrenz wegen mit ihren Preisen nicht allzu weit von den Preisen des Straßenhandels entfernen. Mohrrüben, die hier in der Nähe von Berlin gezüchtet werden, werden bei dem Produzenten mit 3 bis 4 Pf. bezahlt, 6 bis 8 Pf. pro Pfund nimmt der Großhandel, 10 Pf. der Kleinhändler. Hier ist die Spanne überall gleichmäßig. Immerhin ist sie bei allen Produkten höher wie im Frieden, und die Preise dürften noch weiter steigen, wenn der angenommene Zolltarif in Kraft tritt. Aus diesem Grunde haben sich sowohl Klein- wie Großfruchthandel gegen die neue Zollvorlage gemandt, sie fürchten durch Preiserhöhungen Verringerung des Absetzes.



Der Straßenhandel als Preisregler.

find, sind sie begehrt. Ein weiteres Beispiel: Ein Engros Händler hatte vor einigen Tagen circa 300 000 Gurken, qualitativ hochwertiger Ware, holländische Salatgurken, am Lager. Nur 100 000 davon konnte er, obwohl er die Gurken zu 10 bis 20 Pf. verkaufte, an den Kleinhändler absetzen, den Rest verkaufte er an die Fabrik und an die Straßenhändler. Die Fabrik nehmen die kleinen und legen sie dann ein. Es empfiehlt sich, daß die Hausfrau erst dann den Küchensettel macht, wenn sie sieht, was der Markt am vorteilhaftesten bietet.

Unser Gemüseverbrauch

wird zu 50 Proz. durch inländische Produktion, zu 50 Proz. durch Bezug aus dem Ausland gedeckt. Und zwar vom Juni beginnend bis zum Ende des Jahres beliefern die deutschen Produzenten den Verbrauch. Die Hauptlieferanten für Deutschland sind Holland, Italien und Dänemark. Holland liefert: Spinat, Salat, Blumenkohl, Gurken, Tomaten, Wintertofel, Wirsing, Weiß-, Rotkohl, Kohlrüben und Zwiebeln. Italien liefert: Karfiol, Blumenkohl, Zwiebeln, Bohnen, Tomaten, wobei darauf hinzuweisen ist, daß die Tomaten holländischer Herkunft qualitativ viel hochwertiger sind als

Die Fleischpreise sind gestiegen, und bei den anderen Nahrungsmitteln ist in Kürze ebenfalls mit einer Verteuerung zu rechnen. Es ist interessant, zu beobachten, daß die Hamburger Importeure, die den größten Teil der aus dem Ausland eingeführten Lebensmittel nach Deutschland bringen, in den letzten Monaten sehr günstig operiert haben, d. h. ihre Waren zu günstigen Preisen eingekauft haben. Man müßte nun annehmen, daß sie diese Waren ebenfalls zu günstigen Preisen dem Verbrauch zuführen. Aber für sie entscheidet in erster Linie der Profit. Nun ist auf dem Weltmarkt auch eine Teuerung der meisten Kolonialwaren eingetreten, und die Hamburger Importeure benutzen diese Gelegenheit, um ihre Waren, die sie, wie erwähnt, billig eingekauft haben, zu teuren Preisen wieder loszujagen und den Profit mitzunehmen. Wenn sie dann wieder einkaufen müssen, müssen sie ebenfalls höhere Preise anlegen, und die Konsumenten müssen das zahlen. Das ist das Bild der augenblicklichen Marktlage, und wir dürfen uns nicht wundern, wenn in aller nächster Zeit die Preise weiter in die Höhe gehen.

Das unbegreifliche Ich.

12] Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.
(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Bogel.)
Wir saßen und knabberten an den Kuchen.
„Kannst du Einar leiden?“ fragte Harry plötzlich.
„Nein.“
„Ich auch nicht, und seine Mutter ist ein Diebstück.“
fragte Harry und schüttelte sich, als ob es ihm kalt über den Rücken lief.
„Ja.“ flüsterte ich, „und Edith kann ich auch nicht leiden.“
„Nein, denn sie ist auch ein Diebstück.“
Wir stüßten zusammen, und zuweilen sahen wir uns an.
„Ja, ein Diebstück.“ stöhnte ich.
Aber nachdenken konnte ich nicht. Ich konnte die Kirchendienerin vor mir sehen, die große Frau mit dem straff zurückgekämmten Haar und den unfreundlichen Augen. Diebstück! Ich konnte Einar im Sportsanzug mit seiner Wasserwaage sehen. Diebstück! Und ich konnte Edith sehen mit ihrer Schürze und den beiden Köpfen. Sie war nicht unartig; aber sie war ein Diebstück. Ich konnte nicht ganz begreifen, daß sie das sein sollte. Die Kirchendienerin war es, Einar war es, dann mußte sie es also auch sein.
„Ich muß nach Hause.“ sagte ich. All das Reue hatte mich beunruhigt, und ich hatte ja auch keine Erlaubnis gehabt wegzugehen.
Und ohne weiteren Uebergang stand ich auf und lief die Treppe herunter.
Unten im Hof traf ich die Dame, die ich für Harrys Schwester gehalten hatte. Sie hatte eine rote Bluse an und pffte.
„Willst du etwas Schokolade haben, du kleines Mannsbild?“ fragte sie.
„Ja, danke schön.“
Sie gab mir eine ganze Tafel, von der sie nur ein Stück abgebrochen hatte.
„Und mach, daß du nach Hause kommst und groß wirst!“ lachte sie.
Sie lachten alle zusammen so merkwürdig hier in „Suomi“; doch ich bekam Zweifelsrüde und Schokolade da geschenkt, und Harry war nicht so eingebildet.

Draußen auf der Straße und ich einen Augenblick still und sah zu den Fenstern der Kirchendienerin hinauf. Sie hatten einen anderen Ausdruck als sonst. Sie waren dunkel. Regenwolken spiegelten sich in ihnen, und sie sahen dunkler und unheimlicher als alle anderen Fenster in der ganzen Straße aus.
Nein, ich mußte nach Haus. Ich würde wohl Schelte kriegen; doch ich lief trotzdem, um es so schnell wie möglich zu überstehen.
Als ich in den Laden kam, sah Mutter und schrieb Briefe. Sie sah auf; aber da es kein Kunde war, fuhr sie fort zu schreiben. Ich ging in mein Hinterzimmer, ohne etwas zu sagen. Mein Herz klopfte laut, und ich schnaufte nach dem Lauf. Es war da etwas, was ich nicht begreifen konnte. Ich bekam keine Schelte, und ich war doch ohne Erlaubnis auf der Straße gewesen.
Von dem Tage an lief ich aus und ein, wie es mir gerade paßte. Ich war viel allein in jener Zeit, wie ich mich erinnere, und mir wurde keine biblische Geschichte mehr im Bett erzählt. Wäre ich gezwungen gewesen, zu Hause zu sitzen, hätte ich meine Einsamkeit stärker gefühlt; doch ich war viel unterwegs und kam müde zurück.
Da geschah es an einem Regenwetterabend, daß meine Mutter mich bei der Hand nahm und sagte, mir wollten etwas ausgehen.
„Ich habe ja keinen Mantel an, ich werde naß!“ sagte ich erstaunt.
„Ach, das ist ja richtig.“ antwortete Mutter zerstreut, und sie half mir in den Mantel, aber nicht so sorglich wie sonst. Sie hielt ihn zu hoch.
Wir gingen in den Regen hinaus.
Es war kalt. Die Laternen scheibten flirren. Die Lichter flackerten, so daß die Fassaden der Häuser in unruhiger Bewegung waren.
Im Halbdunkel kam die schwarze Gestalt der Kirchendienerin an uns vorbei, sie hielt sich nicht mehr so aufrecht.
„Mutter, ist das wahr, daß sie ein Diebstück ist?“
„Du darfst so was nicht sagen!“ antwortete Mutter und schüttelte mich am Arm.
„Aber Harry sagt es doch!“
„Du darfst nicht mit Harry spielen. Aber das ist ja schließlich ganz gleich.“ sagte sie hinzu. Ich verstand sie nicht. Sie sprach so merkwürdig.
„Ja, Waldemar, ja, mein Kleiner, nun kommst du von dem allen fort, und du verlierst auch nicht viel daran.“

Sie sprach vor sich hin und ich konnte nicht antworten. Auf dem Sankt-Anna-Platz drehte sie sich um und sah zu dem Laden hinüber.
„Es war trotzdem ein hübscher Laden.“ seufzte sie.
„Ja, das ist er. Alle Hute sind so hübsch.“ antwortete ich.
„Aber was hilft das. Die Leute sind anderer Meinung als wir beiden armen Würmer, und was nützt dann das Ganze.“
Wir gingen die Amaliengade herunter und unter den Säulengängen entlang.
Auf dem Schloßplatz gingen einige Gardisten hin und her. Sie trugen lange Umhänge, und ihre Bojonette blühten im Schein der Laternen.
„Kille, kille, kille!“ sagte einer von ihnen, als wir vorbeigingen.
„Es brennt Licht beim König.“ sagte ich.
„Ja, das stimmt.“ antwortete Mutter.
„Bist du mal beim König gewesen?“
„Nein, was sollte ich denn dort, mein Junge; aber ich muß nicht soviel fragen. Mutter ist müde und sehr, sehr traurig.“
Ich wischte mit der Hand über mein Gesicht, das naß vom Regen war. Wir gingen nach der Langen Linie herunter.
„Wollen wir nicht lieber nach Hause gehen, Mutter?“
„Nach Hause? Na, du sprichst, wie du es verstehst. Nein, wir müssen nach der Langen Linie hinaus.“
Das Gitter war verschlossen, und Mutter fing plötzlich zu meinen an.
„Das Gitter ist verschlossen!“ stöhnte sie, und dann ergriff sie mich beim Arm und eilte über den Goldbodeweg nach Grönningen herunter. Sie sah sich nach allen Seiten um und flüsterte:
„Hier sind so viele Menschen!“
„Nein, Mutter, nein. Nur da drüben geht ein Herr und da weiter hinten nach einer. Das sind doch nicht viele.“
„Sei doch stille, Junge.“ antwortete sie böse und zog mich hinter sich her.
Unten in Grönningen blieb sie stehen und sah sich vermirrt nach allen Seiten um. Es war dunkel, und der Regen prasselte auf den Blättern der Bäume. Ein Stückchen weiter blühten verschiedene Lichtreihen übereinander auf. Das waren die Häuser.

(Fortsetzung folgt.)

Mutter Wurm.

Von Hugo Lufács.

(Schluß.)

Mutter Wurm rang die schwierigen Hände. Sie konnte nichts anderes tun als die Gewaltigen der Welt; auch sie mußte abwarten, was da kommen werde.

Und es kam so, wie sie es erwartet hatte. Ihre Söhne kamen in der Nacht nicht nach Hause. Und blieben eine Woche weg. Da kamen sie in neuen Kleidern, blaß und übermüdet. Sie boten der Mutter Geld an; sie warf es ihnen zu Füßen. Aber sie schwieg. Denn sie fürchtete das, was ihren Söhnen bevorstand. Die Wut kam nicht, die Angst vercheuchte alle anderen Gefühle.

Der Jüngere sah wieder im Hofe und spielte mit den Kindern und der Kellere brachte ihnen Süßigkeiten aus der Konditorei. Und an einem Abend kam die Polizei. Wierzig Mann stark. In dieses Haus trauten sie sich nicht in geringerer Anzahl zu kommen. Hier ergab sich keiner freiwillig. Hier war es Ehrensache, Widerstand zu leisten. Hier mußte keiner, wenn es galt. Sie stüchteten, aber sie stellten sich der Polizei entgegen, alle, die in der Kaufhalle geblieben waren.

Diesmal galt es den beiden Wurm. Die stießen sich nicht widerstandslos gefangennehmern. Es kam zum Kampf, zu wüstem Lärm und wuchtigen Schlägen. Und Mutter Wurm mischte sich in den Kampf. Sie biß und kratzte — — — und wurde mitgenommen.

Auf der Wachtstube empfing sie der Inspektor als gute Bekannte.

„Aber, aber, Mutter Wurm, Sie haben sich wieder mitnehmen lassen.“

Mutter Wurm weinte.

„Ja, Herr Inspektor, und ich muß dahbleiben, bis die Beiden ausgeliefert werden ... die ganze Nacht.“

Der Inspektor schaute sie lange an, ein fleischenschlicher Zug von Barmherzigkeit lag in seinen Zügen.

„Ja, Mütterchen, und ich weiß auch warum.“

Er mußte es. Mutter Wurm wollte unbedingt mit den Beiden bleiben. Sonst würden die Polizisten die Beiden schlagen. Aber nicht, wenn sie dabei blieb. Und die Polizisten mußten auch darum und stehen sie gewähren.

Sie weinte die ganze Nacht. Frühmorgens wurde sie entlassen.

Müde und unglücklich schleppte sich Mutter Wurm nach Hause. Sie mußte oft stehenbleiben, so stand fühlte sie sich. Und einmal stand sie vor einer Kirchentüre. Frauen kamen und gingen zur Türe ein und aus. War es wegen der Würdigkeit oder tauchten in ihrer Seele Kindheitserinnerungen auf — sie ging auch hinein, kniete neben einer anderen Frau am Seitenaltare nieder. Aber ihre Kniee taten ihr weh und so setzte sie sich auf ihre Füße. Beten konnte sie nicht, sie hatte es längst verlernt. Sie murmelte nur vor sich hin. Worte, dumpf und traurig wie Leidensstationen auf dem Wege zu ihrem Golgatha.

Sie fragte sich, um was sie beten sollte? Daß Gott ihre Beiden von ihr nehme? Wie konnte er es? Ja, wenn er all das Vergangene, das ihre beiden Söhne verdorben hatte, ungeschehen machen könnte? Ja, warum ließ er es denn geschehen? All das Entsetzliche, Schreckliche, Häßliche? Von ihm haben es die Menschen gelernt, erst den Sünder lassen zu lassen und nachher zu strafen. Er machte es nicht besser als Polizei und Gericht. Er strafte mit der Hölle. Ach, sie hatte keine Angst vor der Hölle, sie lebte darin. Und der Himmel als Lohn? Also nun war Vater Wurm im Himmel. Ja, wie konnte er selig sein, wenn er auf seine Familie niedersah. ... Wenn sie in den Himmel käme und Vater Wurm sie fragen würde: Was hast du mit meinen Söhnen gemacht, was sollte sie ihm antworten? Nein, sie hatte Angst in den Himmel zu kommen. Das alles war ebenso schrecklich wie das Nichtsein einsichtiger Menschen. Nein, nein. Die sterben, die wollen nur Ruhe finden, nichts, als Ruhe.

Kehrend erhob sie sich und ging. Sie vergaß das Kreuzschlagen mit dem geweihten Wasser.

Sie ging Tag für Tag in die Arbeit. Und war allein, ganz allein, mit ihrem einzigen, unverständigen Sommer. Es kam die Verhandlung. Sie sah ihre beiden Söhne wieder. Die Verhandlung interessierte keinen Menschen, es war ein zu gewöhnlicher Fall. Gewohnheitsmäßig und gelangweilt wurde das Brimborium der Rechtsprechung abgeleiert. Die Beiden wurden zu zwei Jahren verurteilt.

Für Mutter Wurm waren es schwere Zeiten der angestrengten Arbeit und Entbehrung. Jeden Bissen mußte sie sich vom Munde absparen, um einmal im Monat zu ihren Söhnen ins Gefängnis fahren zu können mit ihren armseligen Geschenken. Um einmal im Monat neben ihnen zu sitzen. Eine Stunde lang. Sie hatten so wenig zu sagen. Sie saßen sich an, streichelten einander die Hände und lächelten einander müde, traurig zu. Und dann ging Mütterchen weinend von dannen.

Mutter Wurm verfiel zusehends. Immer wertloser wurde ihre Arbeit. Und immer weniger fand sie Arbeit. Jetzt konnte sie nur jeden dritten Monat zu ihren Söhnen gehen.

Und einmal — zwei Monate fehlten noch zu den zwei Jahren — brach sie zusammen. Sie kam in das Spital. Sie war nicht ganz verlassen, denn aus dem gelben Hause kamen schneeweiße Gäste zu ihr.

Sie mußte, daß sie sterben werde. Sie ergab sich darin, nur hoffte sie noch einmal mit ihren Söhnen sprechen zu können. Das mußte sie. Sie mußte sie mit ihren letzten Kräften befehlen. Und dann — sie hatte noch einen Wunsch — zu Hause in der Wohnung, in dem Bette zu sterben, das auch das Sterbebett ihres Mannes gewesen war.

Nur dieser letzte Wunsch ging ihr in Erfüllung. Sie erlebte noch, daß die beiden Söhne sie abholten. Sie lag in ihrem Bette. Doch sie hatte nicht mehr die Kraft, und auch nicht den Willen mehr, mit ihren Söhnen zu reden.

Das gelbe Haus lag still um sie. Alle sprachen leise. Es dauerte nicht lange. Am dritten Tage ihrer Heimkehr war sie tot.

Sie wurde von vielen beweint. Und begraben wurde sie, wie eine Bürgerin. Ein langer Zug begleitete sie. Alle waren gekommen, die im gelben Hause wohnten, in ihren besten Kleidern gingen sie gestützt hinter dem Sarge her, alle Verbrecher, alle Totschläger, Diebe und Zuhälter. Die Polizei hätte den ganzen Kondukt abfassen und einsperren können. Und in ihrem Herzen war Güte und Barmherzigkeit.

Jahre sind seitdem verfloßen. Aber noch immer sprechen die Verkommnen da draußen von Mutter Wurm. Und in ihren Gesichtern weicht der böse Ausdruck einem milden Lächeln.

Die Legende der Mutter Wurm sollen endlich auch die „Anderen“ kennenlernen. Denn sie erfahren manches daraus, was sie nicht wissen können und auch nicht wissen wollen.

Sturm im Bürgerhause.



„Das haben wir Deinem politischen Verkehrt zu verdanken, daß der Brof Steiner geworden is — Du Idiot — auf Dein Geheiß hatten wa ja alle deutschnational jewöhnt!“

Wehlauer Pferdemarkt.

Von Louis Corinth.

Die Jugenderinnerung des einst verdorbenen großen Volkes ist einem demüthigt im Verlage von Gräfe u. Unger in Leipzig erschienenen Buche: „Luis Corinth, im Oktober 1925“ entnommen. Das Buch wurde auf Wunsch Corinths von Paula Steiner zusammengestellt und enthält neben zahlreichen Zeichnungen aus verschiedenen Jahren etwa 20 noch zu veröffentliche Reproduktionen Corinthscher Gemälde aus ostpreussischem Privatbesitz.

„Wer nicht magt, kommt nicht nach Wehla, wer zuviel magt, kommt nach Lapiou!“ Dieser Vers ist jedem Ostpreußen bekannt. Ich hatte so viel Bagemut, daß ich sogar das Licht der Welt in Lapiou erblickte. Breite Wiesenflächen lagen zwischen Pregel und Deime. Im Sommer wurde das fetts Gras gemäht und nach den Scheunen gefahren. Im Herbst überschwemmten die Wiesen bis in den Winter und in das Frühjahr hinein. Es war nichts zu sehen, als eine breite Wasserfläche, ein Dach und einige Bauerngehöfte. Diese ragten aus dem Wasser hervor. An dem westlichen Horizont konnte man mit bloßem Auge die Stadt Wehla sehen. Man erkannte deutlich die blinkenden Fenster und die einzelnen Häuser.

Im Hochsommer war Wehla durch seinen großen Pferdemarkt berühmt. Russische und litauische Pferde wechselten ab mit Pferden aus den preussischen Gestüthen. Der Markt wurde zu einem Volksfest. Die Tagelöhner und Knechte hatten sich bei ihrem Vermieten den Besuch des Wehlauer Marktes ausbedungen.

Auch bei uns wurde es zu dieser Zeit lebhaft. Die Gefellen arbeiteten doppelt, und die Knechte packten den ausgekoppelten Rips in Säcke, verladen ihn mit dem fertigen Stroh auf eiserne Wägen. Rungen, Deichsel und Wagenräder wurden sorgfältig nachgesehen, ob sie auch gut geschmiert seien. Feste Eisenreifen um die Räder wurden probiert, daß sie nicht bei der längeren Fahrt brechen konnten. Wenn alles dennoch in Ordnung war, wurde ich als Hauptperson neben Vater und Mutter auf den Wagen aufgedeckt, dann zogen die drei Füchse an und brachten uns bald auf die lange Chaussee, längs den Fichtenwäldern in mehreren Stunden nach Wehla. Kurz vor Wehla gelangten wir zu der wackeligen, langen hölzernen Brücke, von deren Ueberschreitung jenes Lied klang, und der Bagemutige gepriesen wird. Diese Fahrt zum Städtchen hatte etwas Mittelalterliches: Bettler, Krüppel standen entlang auf dieser Holzbrücke, während unten der Pregel (oder vielleicht ist es auch die Alie) mit ruhigem Wasser vorbeisagte. Meine Mutter griff, freigelegter als sonst, nach ihrer ledernen Geldtasche und verteilte abergläubisch links und rechts an die Bedürftigen Kupfergroßchen und Pfennige. Endlich kamen wir in die Stadt. Wir fuhren durch das „Steinerne Tor“, auf welchem Störche seit Jahr und Tag ein Nest gebaut hatten.

Wir gelangten durch einzelne schmale Gassen zu unserem verabredeten Aufsteigequartier. Hier stürzten sich Händler und Unternehmer auf die Ware mit gierigen Händen, und mein ruhiger Vater konnte sich kaum vor ihrem beständigen Anprall erwehren. In kurzer Zeit wurden die Felle verkauft, und mein Vater fuhr noch zur Oelmühle „Binnaun“, um den Rips, der bereits dort übernommen war, abzuwiegen und in den Speichern zu verladen. Nun kam auch an uns die Reihe, sich zu amüsieren. Mein Vater zog sich in die befreundete Gastwirtschaft zurück, deren Wirt ein guter Bekannter aus seinen Soldatenjahren war. Meine Mutter nahm mich unter ihre Fittiche, um die Schönheiten des Marktes anzuschauen. Wir wandten uns durch den Trubel, sprangen zur Seite vor schlingeligen Pferden oder betrunkenen Menschen. Nun waren wir im Herzen des Marktes: „Ob de Schanz“, das ist ein Ueberbleibsel aus der Schwedenzzeit, wie man überall in Ostpreußen derartig benamte Befestigungen findet. Auf dieser Höhe reiheten sich Buden aller Art, Thorner Pfeffertuchen wechselten sich mit Schief- und Büchelbuden ab. Ich war nicht wenig stolz, als mich die schönen Mädchen anmieren wollten mit den Worten: „Junger Herr sollten auch einmal sein Glück versuchen.“ Aber wir kauften nur in Unmengen Katschinken** und Steinspöcker. Große Buden mit Musik, erschrecklichen Anpreisungen und Bildern, Seemannsfrauen und Menschenfressern, „der Sturm auf die Duppeler Schanzen“ oder „Angriff zur See auf Vilsen“.

Unten im Grunde saßen Pferde, an langen Riemen gehalten, um ihre Gangart vor polnischen Buden, die in festgestellten Reihen

standen, zu zeigen. Auf mein Drängen traten wir in eine der Buden ein, es war darin ein „Bull mit sechs Beinen“ zu sehen. In einem Verschlag stand ein kümmerliches Kalb auf seinen normalen Füßen. In den Schulterblättern baumelten zwei kurze in Haut gewickelte Stöcke, in einem anderen Verschlag war gegen Extratree ein besonderes Konstrum zu sehen: „eine Frau mit langen weißen Haaren und roten Augen“. Jedes Berühren dieses Konstrums war streng verboten. Meine Mutter aber konnte es doch nicht unterlassen, es nur etwas zu berühren; aber kaum war das geschehen, als ein wilder Mann mit suchtsender, schwerer Reitpeitsche uns bedrohte. Allen Ernstes hatte es den Anschein, als wenn er uns verprügeln wollte. Aber trotzdem meine Mutter zu den couragiertesten ihres Geschlechts gehörte, sprangen wir doch angstvoll zurück und verließen schnell die Bude. Wir verließen auch die ganze „Schanz“. Wir gingen zum Fluß hinab zu den Rähnen, in denen Elbinger Käse selbgehalten wurde. Die Händler prielten den Käse, welcher groß wie unsere Wagenräder waren. Sie hatten ein hohles Rad und stachen in die feste Masse, schoben die Hälfte heraus zum Probieren, während sie mit dem Rest die Doffnung schlossen und versahmten. Nach langem Feilschen und Handeln, Fortgehen und Wiederkommen hatten wir nun endlich einige von diesen Rähnen erhandelt und zogen, beladen mit allem Erworbenen, aber vergnügt, zu unserem Wagen und traten dann die Heimfahrt an.

Wir kamen dann zu nachtschlafender Zeit zu Hause an, wo ich sofort in das Bett getan wurde. Dieses war meine erste Reise in die Welt hinaus.

Die Augenbewegung beim Lesen.

Wohl jeder wird zunächst meinen, diese Bewegung sei doch sehr einfach: Der Blick gleitet stetig an den Zeilen entlang, und die Augen drehen sich dementsprechend stetig in den Augenhöhlen. Diese Ansicht ist aber ein Irrtum: Man braucht nur die Augen einer lebenden Person zu beobachten, um zu erkennen, daß die Augen den Zeilen nicht stetig folgen, sondern ruckweise. Läßt man die betreffende Person einen Gegenstand fixieren, und bewegt dann diesen Gegenstand etwa im Kreis herum, so folgt der Blick vollkommen stetig; soll dann aber die Versuchsperson der eben beschriebenen Bahn nur nach dem Gedächtnis folgen, so sieht man wieder die Augen ruckweise bewegen. Darauf aufmerksam gemacht, wird die Versuchsperson mit Recht behaupten, daß sie die Augenbewegung beim besten Willen nicht anders ausführen könne. Ebenso ist es unmöglich, den Kopf oder den ganzen Körper stetig zu drehen und dabei die Augen, ohne daß sie eigene ruckweise Bewegungen ausführen, mitzunehmen, es sei denn, daß man einen in gleicher Umdrehungsgeschwindigkeit sich mitbewegenden Gegenstand fixiert.

Wie läßt sich das erklären? Nach Prof. Kirshmann, Leipzig, ist hier zu unterscheiden zwischen passiver und aktiver Fixationsänderung. Folgt unser Blick einem bewegten Gegenstande, so kann man die Aenderung der Blickrichtung nur als eine passive ansehen: Es kommt uns nur darauf an, den Gegenstand im Auge zu behalten, die dazu erforderlichen Bewegungen des Auges selbst zum Körper erfolgen unwillkürlich. Die passive Fixationsänderung ist somit gar keine Aenderung der eigentlichen Fixation, da unsere Aufmerksamkeit doch in der Hauptsache dauernd auf das bewegte Objekt gerichtet ist. Im Gegensatz zu den übrigen beweglichen Organen des menschlichen Körpers haben die Augen weniger das Bestreben, sich mit dem Körper zu bewegen, als vielmehr mit den Gegenständen der Außenwelt; im Dunkeln sind daher unsere Augenbewegungen kaum noch von uns zu kontrollieren.

Bei der aktiven Fixationsänderung wollen wir gerade den Blickpunkt verlegen, und zwar nach einem bis dahin indirekt gesehenen Punkte. Nun wirkt das Auge ähnlich wie eine photographische Kamera. Wir sehen nämlich nicht die optischen Reizhaubilder selbst, sondern gewissermaßen den chemischen Entwicklungsprozess auf der photographischen Platte. Es können somit deutliche Bilder nur von solchen Gegenständen aufgenommen werden, die während der erforderlichen Einwirkungszeit ihre Lage zum Auge nicht ändern. Würde also unser Blick den Zeilen mit gleichförmiger Geschwindigkeit entlang gleiten, so könnten wir nur verschwommene Streifen aufnehmen, nicht aber die scharfen Bilder der Buchstaben und Worte.

Vom blauen Onu. Das afrikanische „Wildbeeste“, oder blaue Onu gehört zweifellos zu den Tieren, die am wunderbarsten aussehnen. Der berühmte Großwildjäger Selous beschrieb es: „mit dem Kopf eines Büffels, dem Schwanz eines Pferdes und den Füßen einer Antilope“, und ein andere englischer Jäger, Vestock Reid, fügt hinzu, daß es „die Feinheit einer Gans, die Nase einer Kometin und den Bart einer Ziege“ sein eigen nenne. Das Ganze macht, gepaart mit der Dummheit eines Elefanten, einen höchst sonderbaren Eindruck, aber das Wildbeeste ist keineswegs so plump und dumm, wie es aussieht. Den Ruf der Dummheit verdanken diese Tiere hauptsächlich den seltsamen Lauten, die sie von sich geben und die dem Quaken eines Riesenschwammes gleichen, und ihrer außerordentlichen Neugierde, mit der häufig eine ganze Herde plötzlich heranzuglöppt, um sich den Mann anzuschauen, der auf sie schießen will, wodurch sie diesen in nicht geringe Verlegenheit bringen. So vertraulich ist das blaue Onu aber nur in noch nicht erschlossenen Gebieten. Wissen die Tiere erst, was es mit dem Schießen auf sich hat, dann sind sie sehr scheu und vorsichtig und sehr schwer vor die Fänge zu bekommen. Man hat das Wildbeeste lange für sehr gefährlich gehalten, aber das ist eine Fabel. Ihre Hörner sind leicht, und ihnen fehlt der Mut des Büffels. Diese sonderbare Familie des Onus ist über ganz Afrika verstreut; aber in größter Zahl findet sie sich in dem Wildparadies, das sich in dem erloschenen Krater des Agorongo in Tanganjika ausdehnt. In diesem natürlichen Kessel, der 20 Kilometer im Durchmesser hat und von etwa 700 Meter hohen Felsen umgeben ist, grasen gegen 40000 Wildbeester und spielen lustig miteinander in ungehinderter Freiheit, in der sie wahrscheinlich die fortgeschrittenste Zivilisation nicht mehr lange lassen wird.

Wie die Numerierung der Häuser erfunden wurde. Ein Pariser Baumeister kam im Jahre 1312 zuerst auf den Gedanken, in einem Stadtviertel von Paris die Häuser fortlaufend zu nummerieren. Aber wie so viele ideenreiche Köpfe hatte auch er das Pech, seiner Zeit zu weit vorauszuwühlen. In Deutschland hatte man zunächst die Gepflogenheit, die Häuser ohne Rücksicht auf die Straßen zu nummerieren. London war schon eine sehr große Stadt, bevor man zu einer Numerierung ihrer Häuser schritt. Aber die Sache konnte sich nicht einführen, weil man in der damaligen Zeit, in der das Alphabetentum die Regel bildete, die Nummern doch nicht hätte lesen können. Deshalb zog man es vor, Häuser und Wäden durch Zeichen und besondere Schilder zu kennzeichnen. Diese Zeichen hingen gewöhnlich weit in die Straße hinein und wurden nicht selten den Straßenpassanten gefährlich. Im Jahre 1762 wurden deshalb diese überhängenden Wertzeichen verboten. Ein paar Jahre später erließen ein zweites Gesetz, das für alle Häuser die Numerierung vorschrieb. Auch im skandinavischen Europa führte sich im 18. Jahrhundert die Numerierung der Häuser überall ein.

Das Farbenklavier. Das Farbenklavier, wie sein Erfinder, der Jesuit S. B. Castell, das merkwürdige Instrument nannte, erregte im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts ein ziemliches Aufsehen. Es sollte nämlich, ohne daß es irgendwelche Töne erzeugte, nur durch einen schnellen bzw. langsamen Wechsel sehr verschiedener starker und zarter Farbtöne Empfindungen auslösen, die dem Zusehenden genau so wie Musik vorkamen. Da sich aber nur wenige fanden, die für diesen Versuch empfänglich waren, geriet das Farbenklavier bald wieder in Vergessenheit.

* Das Sprichwort von dem zuviel Bagemut, der nach Lapiou kommt, hat in Ostpreußen nicht nur den Sinn, daß er, die Brücke passierend, in den Pregel fallen und nach Lapiou stromab getragen werden kann, sondern den Neben Sinn, daß der Springinsfeld leicht nach Lapiou in die Besserungsanstalt gelangt.

** Die heilige Katharina, die den Thorner Honigkuchen den Namen gab, würde sich unter der ostpreussischen Bezeichnung „Katschinken“ kaum wiedererkennen.

Wirtschaftsentwicklung / Wirtschaftsdemokratie
Gegen die planmäßige Krisenmacherei!

Auf der Tagung des Deutschen Verkehrsverbundes in München hielt Staatssekretär z. D. Professor Dr. Jul. Hirsch einen Vortrag über 'Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie'...

Redner glaubt, daß in nächster Zeit in der Tat aus den Fehlern unserer Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik heraus ein zeitweiliger beträchtlicher Niedergang der Konjunktur zu erwarten ist...

eine durchaus notwendige Korrektur

unserer Inflationsüberlastung mit viel zu vielen Betrieben in Handel, Bankwesen und einem Teil des Gewerbes. Auf die Dauer sei das eine heilsame Wirtschaftsbereinigung. Die Grundlagen der deutschen Wirtschaft seien aber durchaus gesund...

Löhne und Goldentwertung.

Die Behauptung, daß die Vorkriegslöhne schon im Mai d. J. vielfach erreicht oder überschritten gewesen seien, übersehe die Goldentwertung, die die Kaufkraft des deutschen Geldes...

Die Gründe der passiven Handelsbilanz.

Die Passivität der Handelsbilanz selber werde dem Ausmaß nach überschätzt, in ihrer Bedeutung als 'Passivität der Wirtschaft' mißverstanden, ihre Ursache liege tatsächlich in Fehlern, insbesondere der Finanz- und Kapitalpolitik...

zu wenig auf die Beeinflussung der Zinspolitik der deutschen Wirtschaft verwenden.

Deshalb drohe uns eine schwere Ubergangsperiode, weil man einmal unterlassen habe, durch planmäßige Kapitalpolitik die Bildung von Betriebsmitteln im eigenen Lande anzuladen...

Wie muß der Kampf gegen die Krise geführt werden?

Dennoch sei die kommende Krise schwerlich von tiefergehender Bedeutung, denn die deutsche Wirtschaft sei, wie der schnelle Wiederaufbau beweise, in sich ferngesund und die Lage des Arbeitnehmers insbesondere werde sich in nicht zu ferner Zeit entscheidend bessern...

Banken und Baissespekulation.

Die Deutsche Bank bespricht im allgemeinen Teil ihrer wirtschaftlichen Augustmitteilungen wie üblich die Börsen- und Geldmarktfrage. Mit auffallendem Nachdruck wendet sie sich gegen die Politik der Baissespekulanten...

Man muß sagen, daß die günstigen Momente außerordentlich dürftig sind, die die Deutsche Bank anführt. Selbst wenn sie zum Zuge gekommen wären, ja wenn es überhaupt keine Baissespekulation gäbe...

Der Kapitalmarkt und damit die Börse sind eben selbst krank. Eine Börse, die nur Papiere handelt, die keine Rente abwerfen, kann bei einer Zinspolitik der Banken...

Gerade weil die in der 'Wirtschaft' Stehenden jeden Pfennig brauchen, um den Anforderungen des Staates und ihrer eigenen Betriebsführung gerecht zu werden...

Gerade die Banken sind von solider Wirtschaft noch weit entfernt. Das gilt nicht nur für ihre eigenen Betriebe und Filialen, sondern auch für ihre Geschäfte...

Das gilt selber auch von den famosen 'Stützungs'aktionen, die sie so hochherzig der Volkswirtschaft angebeihen lassen. Hätten sie vorher gewußt, wie schwer ihnen solche 'Stützungs'geschäfte einst im Wagen liegen werden...

Reichsminister Luther hat einmal eine Schrift geschrieben: 'Feste Mark - solide Wirtschaft'. Vielleicht schreiben unsere Großhändler einmal eine Schrift: 'Solide Wirtschaft - feste Kurse'...

Die Absatzkrise im Ruhrbergbau.

Auf eine kleine Anfrage einiger Landtagsabgeordneter über die schwere Absatzkrise im Ruhrbergbau, erließ der preussische Minister für Handel und Gewerbe nachfolgende Antwort:

Die zur Abwendung oder Vinderung der Stilllegung und Betriebseinschränkungen im Ruhrgebiet erforderlichen Maßnahmen sind bereits seit langer Zeit Gegenstand eingehender Beratungen...

1. Die Reichsbahnverwaltung ist dringend gebeten worden, die reisenden Zechen durch Erteilung von Aufträgen und Herabsetzung der Frachten zu unterstützen...

2. Bei den zuständigen Stellen ist angeregt worden, bei etwa notwendig werdenden Erweiterungen, von Elektrizitätswerken, im Interesse des Abzuges der Magerkohlenzechen...

3. Zur Unterbringung der durch Betriebsstilllegungen und Einschränkungen von südlichen Zechen nach anderen nördlicher gelegenen Zechen verlegten Bergleute hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt Mittel zur Fertigstellung der begonnenen und Errichtung neuer Bergarbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt...

4. Weiter habe ich die Schaffung von nordwärts verlaufenden Eisenbahn- und Personentrassenwagenverbindungen im Ruhrbezirk angeregt, um hierdurch der an der Ruhr ansässigen Bevölkerung die Annahme von Arbeit im mittleren und nördlichen Teile des Bezirks zu ermöglichen...

5. Schließlich sind die zuständigen Reichsminister auf die Notwendigkeit der Ermäßigung bzw. Stundung der Steuern und der Herabsetzung der sozialen Abgaben des Ruhrbergbaus hingewiesen worden.

Erneute Besprechungen am 28. Juli d. J. im Reichsarbeitsministerium mit der Bezirksarbeitsgemeinschaft für den Ruhrbergbau und am 29. Juli bei dem Herrn Reichsminister haben zur Bildung einer aus Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft und der beteiligten reichs- und preussischen Ministerien bestehenden Kommission geführt...

- 1. Wiedereinführung der früheren Eisenbahnsondertarife für Ruhrkohle.
2. Ermäßigung der Frachten für kurze Strecken bei gehobenem Verkehr.
3. Förderung von Verfahren zur Veredelung der Kohle.
4. Größtmögliche Verbreitung der Kohlenstaubfeuerung.
5. Vorbereitung ausreichender Notstandsarbeiten für den kommenden Herbst und Winter.

Reichs-Kraftspritgesellschaft m. b. H. Zur Förderung des Verkehrs von Spirituskraftstoff ist eine besondere Gesellschaft unter dem Namen Reichs-Kraftspritgesellschaft m. b. H. gegründet worden. Die Gründer sind die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein und der Verwertungverband Deutscher Spiritusfabrikanten...

Rechnen Sie's nach

wie billig sich ein selbstgebackener Kuchen nach Dr. Oetker's Rezepten stellt! Zum Beispiel ist

Bienenstich in Springform,

ein noch nicht allgemein bekanntes Gebäck, von vorzüglichem Geschmack und für jede Jahreszeit geeignet, außerordentlich preiswert.

Table with 2 columns: Zutaten zum Teig and Zutaten zum Belag. Lists ingredients like Butter, Eier, Zucker, Mehl, Backpulver, etc.

Zubereitung: Zuerst bereitet man den Teig. Die Butter rührt man zu Sahne, fügt Zucker, Ei, das mit dem Backin gemischte und gesiebte Mehl, Milch und eine Prise Salz hinzu. Diesen Teig rollt man auf einem geölkerten Kuchenblech reichlich 1/2 cm dick aus...

Es empfiehlt sich, den Kuchen erst am Tage des Gebrauches zu backen. In den Berliner Hausfrauen-Vereinen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver 'Backin' zur Verwendung.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld

